

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus

der

DFG-VK



Streit-Thema KDV-Beratung! Aber wie?

TITEL

Streit-Thema: KDV-Beratung! Aber wie?

- 4 Michael Hofferbert: Macht endlich wieder pazifistisch-antimilitaristische KDV-Beratung! Über die Erosion eines Grundrechts durch den Versuch seiner Nutzer und Beschützer, es überflüssig zu machen
- 7 Stefan Philipp: Stell' Dir vor, Du machst KDV-Beratung – und keiner kommt! Eine Replik auf Michael Hofferbert
- 9 Maintaler Erklärung zu 60 Jahre Grundgesetz – 60 Jahre KDV-Grundrecht

ANTIMILITARISMUS

- 10 Tobias Pflüger: Nein heißt Nein! Zur Entscheidung des Verfassungsgerichts über den Lissabon-Vertrag und die Volksabstimmung in Irland
- 11 Jürgen Grässlin: Lizenz zum Töten. Ein friedenspolitischer Nachruf auf das Grundgesetz

GEWALTFREIHEIT

- 12 Karin Baumert: Mascha hat in Straßburg ihre Unschuld verloren ... Gegen den Bruch von pazifistischen und militanten Teilen der Friedensbewegung

FRIEDENSARBEIT

- 14 Joachim Schramm: Botschaft für Frieden. Start der DFG-VK-Aktion beim evangelischen Kirchentag
- 16 Roland Blach: Pacemakers-Höhenmeterjagd für Frieden und Gerechtigkeit. 18 Stunden außergewöhnlicher Radsport mit prominenter Beteiligung

RUBRIKEN

- 10 Die Abschiedskolumne von Tobias Pflüger als Europaabgeordneter
- 18 LeserInnenbriefe

Entschuldigung!

Das Telefon der ZivilCourage-Redaktion ist seit dem 9. Juli gestört. Die Telefongesellschaft wollte lediglich eine interne Umstellung vornehmen, scheint diese technisch aber nicht bewerkstelligen zu können. ... Proteste sind bisher zwecklos...

Bis zur Lösung ist die Redaktion über die Nummer 0160-94788099 erreichbar.

WEGWEISER

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle

Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, Telefon 069-27 29 82 31, Telefax 27 29 82 32, eMail office@dfg-vk.de; Mo.-Fr. 9-15 Uhr

Politischer Geschäftsführer

Monty Schädel, c/o DFG-VK, Rykestraße 13, 10405 Berlin, Telefon 0177-887 10 14, eMail schaedel@dfg-vk.de

Internet-Homepage

www.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung

Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-81 80 32, Telefax 0231-81 80 31, eMail Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer

c/o DFG-VK-Geschäftsstelle (Adresse s.o.)

Bundesrepublik ohne Armee

BoA-Agentur Nord, Postfach 1426, 24904 Flensburg, eMail initiative@bundeswehrabschaffen.de

BoA-Agentur Süd, c/o DFG-VK München, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, eMail muenchen@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2155112, Telefax 0711-2155214, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, Telefon 089-89623446, eMail bayern@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, eMail dfgvk@bamm.de, Internet www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-596 49 61, eMail nds-hb@dfg-vk.de, Internet www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Telefon 0431-96688, eMail lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431440, Telefax 069-4990007, eMail dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritzt, Telefon 0177-8871014, eMail mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, Telefon 03 4299-76637, eMail lvest@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, Telefon 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), eMail saar@dfg-vk.de

IMPRESSUM

Redaktionsanschrift

ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058287, Telefax 03212-1028255, Skype(-Name) zivilcourage, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK e.V.), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt

Redaktion

Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de)

Druck

GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-60 03 45, Telefax 0711-640 33 94

Vertrieb

Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34, Telefax 0711-320 28 33

ISSN

1614-1954

Anzeigenverwaltung

SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058285, eMail sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig.

Erscheinungsweise

zweimonatlich, sechs Mal jährlich

Haftungsausschluss

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Offizielle Stellungnahmen

der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck

von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen

Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement für Andere kostet 12,- € inklusive Porto; Abonnie- rung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionskonto

DFG-VK – ZivilCourage, Nr. 8304602, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500

Beilagen

Flyer zu Sommer-Aktionen gegen Atomwaffen (Gesamtauflage), „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (in einer Teilaufgabe)

Redaktionsschluss

für diese Ausgabe war der 27. Juli. Die nächste Ausgabe erscheint im September, Redaktionsschluss ist der 28. August.



Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer häufig mit der Eisenbahn unterwegs ist, der kennt solche Lautsprecherdurchsagen auf dem Bahnhof: „Wegen Verzögerungen im Betriebsablauf wird Ihr Zug mit 15 Minuten Verspätung hier eintreffen. Vielen Dank für Ihr Verständnis.“ Als regelmäßiger Bahnfahrer kann ich's nicht mehr hören – diese Mitteilung verschleiert mehr als sie erklärt. Was sind denn „Verzögerungen im Betriebsablauf“? In erster Linie doch wohl Zugverspätungen! Die Bahn erklärt mir also: „Weil viele Züge Verspätungen haben, kommt auch Ihr Zug später.“ Vielen Dank für diese inhaltsleere Ansage – oder (um nochmals die Bahnsprache zu verwenden): Sänk ju vor sis mässsich! Richtig unverschämt ist der angeschlossene unterstellt-erzwungene Dank für Verständnis. Wofür: Dass die Bahn ihren Betrieb so schlecht organisiert? Dass Verspätungen fast schon der Normalfall sind? Dafür kann mich die Bahn um Entschuldigung bitten, Verständnis habe ich dafür nicht!

Was soll diese merkwürdige Einleitung? Weil diese Ausgabe sehr viel später als geplant erscheint, ist eine Erklärung notwendig. Und weil ich will, dass Ihr als LeserInnen unsere Zeitschrift schätzt, möchte ich Euch nicht mit ominösen „Verzögerungen im Betriebsablauf“ abspeisen.

Der Grund für das späte Erscheinen ist, dass ich in den letzten Wochen ernsthaft erkrankt war und nicht arbeiten konnte. Das Finanz- und Personalkonzept für unsere Verbandszeitschrift ist so eng gestrickt, dass ein solcher Ausfall nicht aufgefangen werden kann, zumal ich neben der redaktionellen Arbeit auch die komplette Druckvorstufe, also Satz, Layout und Erstellung der Druckdaten erledige. Mit dieser Erklärung hoffe ich, Euer Verständnis zu finden, bitte aber vor allem um Entschuldigung.

Die sonstigen „Verzögerungen im Betriebsablauf“, dass beispielsweise zugesagte Beiträge kurzfristig doch nicht geliefert werden oder dass Autoren ihren Artikel morgens um 4 Uhr an dem Tag abliefern, an dem die Daten an die Druckerei geliefert werden, sind bei den Umständen, unter denen eine solche Zeitschrift entsteht, fast normal und können in der Regel noch ausgeglichen werden.

So viel zum Blick nach innen und damit zu diesem Heft. Eigentlich ist die Kriegsdienstverweigerung ein Kernthema der DFG-VK – viele von Euch sind im Zusammenhang mit ihrer eigenen KDV Mitglied der DFG-VK geworden und es dann geblieben. Die Rahmenbedingungen haben sich aber erheblich geändert: Die Blockkonfrontation ist überwun-

den, die Bundeswehr deutlich verkleinert worden mit der Folge, dass ihr Bedarf an Rekruten weit unter der Zahl der jungen Männer im wehrpflichtigen Alter liegt, das KDV-Verfahren ist vereinfacht worden, der Zivildienst dauert „nur“ noch 9 Monate und genau so lange wie der Grundwehrdienst ... Und: Deutschland führt wieder Krieg. Welche Konsequenzen zieht die DFG-VK daraus? Michael Hofferbert meint in seiner provokativen Titelgeschichte, dass das KDV-Grundrecht „durch den Versuch seiner Nutzer und Beschützer, es überflüssig zu machen“ am Zerbröseln sei. Eine heftige Kritik von außen – Hofferbert ist nicht Mitglied der DFG-VK – an uns, gerade aus antimilitaristischer Sicht. Gut, dass es sie gibt! Sie ermöglicht es uns hoffentlich, die eigene „Betriebsblindheit“ zu überwinden und zeitgemäße Antworten zu finden. Meine Reaktion auf den Hofferbert-Artikel soll dazu ein erster Schritt sein. Ich hoffe, es gelingt mit den beiden Beiträgen, die Diskussion in unserer Organisation neu zu entfachen.

In diesem Sinne grüßt herzlich

Stefan Philipp



BUNDESKONGRESS

Der Bundesausschuss hat auf seiner Sitzung am 4./5. Juli beschlossen, den 17. Bundeskongress der DFG-VK für den 2.-4. Oktober 2009 nach Hannover einzuberufen.

Tagesordnung, Anmeldung und organisatorische Hinweise sind veröffentlicht auf der DFG-VK-Homepage www.dfg-vk.de.

Eingeladen sind neben den Delegierten alle Mitglieder der DFG-VK.

02.-04.10.09 HANNOVER



Streit-Thema KDV-Beratung! Aber wie?

Macht endlich wieder pazifistisch-antimilitaristische KDV-Beratung!

Über die Erosion eines Grundrechts durch den Versuch seiner Nutzer und Beschützer, es überflüssig zu machen/Von Michael Hofferbert

Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin!“ war in den 60-er bis frühen 80-er Jahren, der Zeit der Blumenkinder und der dann viel ernstere Friedensbewegung, eine provokativ gefasste Aufforderung zum Nachdenken: Sie spielte geschickt mit der kindlich-naiven und zugleich verblüffenden Verkürzung eines komplexen Problems, der Sache von Krieg und Frieden nämlich, durch die plötzlich alles ganz einfach zu sein scheint: Was ist, wenn man die Kriegsherren einfach auf ihren Kriegsschauplätzen alleine lässt?

Ein schlitzohriger anonymer Fälscher, mag sein ein Propagandist der Nachrüstung, hat die Aufforderung im Gegenzug, sozusagen kontra-provokant, mit dem Zusatz gekontert, der jener verlockenden Vereinfachung den Weg versperrt: „... dann kommt der Krieg zu Dir“.

Um der Fälschung die Autorität des Bert Brecht anzudichten, hat er ihr in einer trickreichen Collage einen Vers aus dessen „Koloman Wallisch Kantate“* angefügt, die sich nicht auf den Krieg bezieht (!) und der lautet:

Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt/Und lässt andere kämpfen für seine Sache/Der muss sich vorsehen; denn/Wer den Kampf nicht geteilt hat/ Der wird teilen die Niederlage./Nicht einmal den Kampf vermeidet/Wer den Kampf vermeiden will; denn/Es wird kämpfen für die Sache des Feinds/Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat

* Brecht beschreibt in der „Koloman Wallisch Kantate“ den Widerstand des sozialdemokratischen Abgeordneten Koloman Wallisch: Als Kommandant des „republikanischen Schutzbundes“ in der Obersteiermark kämpfte er 1934 aktiv gegen die faschistische Heimwehr-Bewegung in Bruck an der Mur. Der Widerstand wurde indes nach kurzer Zeit gebrochen. Bei seiner anschließenden Flucht wurde Wallisch von seinen eigenen Leuten im Stich gelassen und verraten, am 19. Februar 1934 zum Tode verurteilt und sofort gehängt.

Die ursprüngliche Sentenz vom Krieg, zu dem keiner hingeht, entstammt tatsächlich literarischem Kindermund: Der amerikanische Schriftsteller und Poet Carl Sandburg (1878-1967) lässt in seinem 1936 erschienenen Roman „The People, Yes“ ein kleines Mädchen beim Anblick vorbeiziehender Truppen träumerisch-melancholisch sagen: „Sometime they'll give a war and nobody will come“ („Eines Tages werden sie einen Krieg geben und keiner wird kommen“).

Aber war der Fälscher – was auch immer sein Motiv gewesen sein mag – nicht eigentlich ein kluger und weitsichtiger Provokateur?

„Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin“ sollte oder konnte für jeden, der (vielleicht sogar kritisch) zu denken für sich beanspruchte, die keineswegs bloß rhetorische weitere Frage provozieren: Was ist dann? Reicht es, „nicht hinzugehen“?

Nur ein Kind wird in der Vermischung von Wunschtraum und Wirklichkeit und – so sollte man meinen – nur ein Tor, der nur sich selbst sieht, wird glauben, wenn er nur selbst „nicht hingeht“, dann falle die Aufführung „Krieg“ mangels Interesse oder Kanonenfutter eben einfach aus und die Veranstalter und Regisseure gingen frustriert nach Hause. Folglich reiche es ja aus, eben einfach „nicht hinzugehen“, um Krieg zu verhindern oder gar Pazifist zu sein. Oder mindestens: Wenn er eben andere hingehen lasse oder hinschicke, dann werde der Krieg jedenfalls zu ihm nicht kommen.

So allerdings denkt allem Anschein nach die ganz überwiegende und ständig wachsende Mehrheit derer, die über den Weg der Kriegsdienstverweigerung des Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz – oder auch über andere Wege – jedenfalls zum Wehrdienst „nicht hingehen“.

Nun ist „nicht hingehen“ gewiss der notwendige eine und vielleicht erste Schritt eines jungen Pazifisten, um die eigene aktive Beteiligung an militärischer Gewalt, dem massenhaften pauschalen Opfern von Menschenleben, zu verweigern und zu verhindern.

Wer indes nur noch das Ausweichen alleine – auf welchem Weg auch immer – im Auge hat, den Kriegsdienst wie einen lästigen Fliegenschiss, der ihn gleichsam zufällig und im Vorbeigehen getroffen hat, sich vom weißen Hemd wischen möchte, der wird das lästige Thema nach erfolgreichem Entkommen augenzwinkernd abhaken wie einen ge-

schickt abgewendeten Strafzettel, wo eben mal kein Parkplatz war; wird sich bestenfalls seiner Geschicklichkeit und Flexibilität rühmen und froh sein, das Thema hinter sich zu haben. Das mag für einen jungen Bürger, der die Probleme nur aus dieser Sicht kennt, verständlich und entschuldigbar sein.

Irrtum oder ethische Bilanzfälschung der pazifistischen Statistiker? „Stell Dir vor, die Wehrpflicht ist abgeschafft – dann muss keiner mehr hin! Her mit der Berufsmee!“

Wer indes als Berater von Wehrpflichtigen, der sich den Schutz der Gewissensfreiheit auf die Fahnen geschrieben hat, so berät, dass es eben nur auf das „Nichtingehen“ ankomme und auf nichts mehr, anstatt sich selbst und die Ratsuchenden an das Thema „Krieg“ zu erinnern, auf das sich Kriegsdienstverweigerung bezieht, der beschäftigt sich – wie die Erfahrung der letzten zwei Jahrzehnte zeigt – alsbald alleine noch mit der Frage, warum denn nicht alle von den lästigen Fliegen getroffen werden, und beklagt diesen Zustand der ungleichen Befleckung als (Wehr)Ungeerechtigkeit, als ob denn Gerechtigkeit herrschte, wenn alle gleichmäßig beschissen würden.

Und so wird mancher dann bald zum bloßen Auguren, der tiefgründig wissend auf die Fliegen und deren Schweißfrequenz schaut: Dem unangenehmen und lästigen, ja schmerzlichen Blick auf die Wirklichkeit des Krieges und die Opfer entzieht man sich dadurch schnell und unbemerkt.

So wurden viele Berater, die sich doch ursprünglich dem Schutz des pazifistischen Grundrechts und der aus der Erfahrung von zwei Weltkriegen erwachsenen Parole „Nie wieder Krieg!“ verpflichtet hatten, zu fleißigen Interpreten von Heranziehungsstatistiken und Einberufungswahrscheinlichkeiten und zu bloßen Dienstleistern nach dem Muster der möglichst universellen und online abrufbaren, aber dann eben doch immer falschen Wettervorhersage. Und wie die Wetterpropheten werden sie stets nur für den Augenblick der bloßen Abwehr des lästigen Beschisses von ihrer Klientel benutzt: Am Tag danach, wenn das Hemd wieder unbefleckt ist, sind ihre Prophezeiungen Schall und Rauch, vergessen und wertlos – war es doch nur der lästige Zufall, dem man irgendwie ausweichen musste.

Auf diesem Abweg, weg von den Inhalten, kommt der so zum Statistiker mutierte und benutzte Berater dann alsbald fast zwangsläufig zu der alles beherrschenden und alles überdeckenden Forderung: „Abschaffung der Wehrpflicht!“ – denn dann trifft es ja nur noch die, die (vermeintlich) „freiwillig“ hingehen und die Fliegen auf sich ziehen:

Weil Militarismus als ständige Gefahr für die Zivilgesellschaft das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung als ständiges Menetekel hervorgerufen hat, schienen der Kampf für das pazifistische (!) Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung und der Kampf gegen Militarismus ursprünglich untrennbar verknüpft zu sein. Die neuen pazifistischen „Statistiker“ allerdings, denen diese Verknüpfung aus dem Blick zu geraten scheint, könnten nun leicht Gefahr laufen, den Kampf – gleichsam in einer Art ethischer und politischer Bilanzfälschung – irrig für gewonnen zu erklären, indem sie propagieren, das Grundrecht schlicht überflüssig zu machen: Allerdings nicht durch die Erreichung des pazifistischen Ziels und Verwirklichung des Credo der Zivilgesellschaft »Nie wieder Krieg!«, sondern durch die Forderung nach Professionalisierung des militärischen Tötens und der Vernichtung – nichts anderes bedeutet ja die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht! – und somit nach Perfektionierung des Krieges.

Krieg wird so als staatliche Dienstleistung nach Tarifvertrag so selbstverständlich wie Müllabfuhr oder Kanalreinigung, die niemanden mehr zu kritischen Fragen oder gar Widerstand herausfordert, eben zuständig für die schmutzigen Seiten des Geschäfts. Den Nachwuchs dafür stellen die, die zur Säuberung der ethischen und politischen Bilanz der schweigenden Mehrheit und der mutierten Pazifisten mental auf die „bad bank“ der Arbeits- und Perspektivlosen ausgelagert wurden. Man nennt das dann „freiwillig“.

Die Horrorvision eines Pazifisten: „Stell Dir vor, es ist Krieg – professioneller Krieg, und keiner schaut hin!“

Während Krieg immer häufiger und gnadenloser „sein“ wird, wird die öffentliche Meinung bereits jetzt mit der Reduzierung der Diskussion auf „ungleiche“ und deshalb „ungerechte“ Einberufung, mit der Forderung nach der Abschaffung aller lästigen Fragen um den Krieg

und nach Abschaffung der Wehrpflicht mehr und mehr gegen die Bilder und die Wirklichkeit des Krieges immunisiert: Wen es dort dann trifft, hat sein Schicksal schließlich selbst gewählt – Zinksarg und Platz in Ehrenhalle, Massengrab oder Pulverisierung inbegriffen!

Während vom ursprünglichen Thema des Art. 4 Abs. 3 GG: „Militarismus – Pazifismus“, „Krieg und Frieden“, dann alsbald keine Rede mehr sein wird, würde aus der naiv-provokanten Träumerei „Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin“ die Horrorvision „Stell Dir vor, es ist professioneller Krieg – und keiner schaut hin!“

Die neue Sorge der Nicht-Hingehrer: »Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin! Wer führt dann den Krieg für mich? Her mit der Berufsarmee!«

Die Diskussion über Krieg, über den Rückfall einer Zivilgesellschaft in die Barbarei des unterschiedslosen und massenhaften Tötens, seien es Freund oder Feind, Frauen oder Kindern, Zivilisten oder Soldaten, wie dies gerade und zunehmend in „modernen“ Hightech-Kriegen als die bekannten „Kollateralschäden“ unvermeidbar ist, die Diskussion über die Vernichtung der Existenzgrundlagen ganzer Völker auf Generationen hinaus reduziert sich dann – so ist zu besorgen – auf die Frage „Wie kann ich alleine dem Krieg entkommen, also zu den Gewinnern und nicht zu den Verlierern von weltweitem Krieg gehören?“

So sehen sich die pazifistischen Verteidiger der Ethik der Zivilgesellschaft unversehens in einer Reihe mit denen, die (via nominell pazifistischem KDV-Antrag) „nicht hingehen“ und unbekümmert fragen „Stell Dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin! Wer führt dann den Krieg für mich?“ – und daher (ganz konsequent militaristisch!) die Berufsarmee fordern.

So wird das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung, von dem zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes hier die Rede ist, nicht von den wieder erstarkten Militaristen, den Kriegsbereiten und damit Kriegsbereitern, den notorischen Antipoden der Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer, bedroht, sondern von innen heraus ausgehöhlt, gerade von denen also, die sich auf das pazifistische Grundrecht berufen und zu dessen Schutz berufen sind: Es wird in seiner eigentlichen Stoßrichtung verfälscht und

seiner Substanz beraubt und so zum Gegenteil dessen, was es mit Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz als verfassungsrechtlich verankertem Brückenkopf des Pazifismus, als Stachel im Fleisch der sich wieder rüstenden und zum Krieg bereit gemachten Gesellschaft ursprünglich sein sollte oder sein könnte: Appell an jeden Einzelnen, sich zwischen ziviler Ethik und militärischer Logik zu entscheiden und für diese Wahl nicht nur für den Augenblick der Gefahr der Einberufung, sondern auch darüber hinaus einzutreten.

Was also kann – wenn man dieser selbstgebauten Falle wieder enttrinnen will – Beratung von Kriegsdienstverweigerern und Schutz des Grundrechts aus Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz sein? Zu allererst:

■ Zur Kenntnis nehmen und ständig wieder ins eigene und öffentliche Bewußtsein bringen, dass auch für die Deutschen bereits seit Jahren Krieg „ist“ und in keineswegs ferner Zukunft immer mehr und häufiger und hässlicher Krieg „sein“ wird.

■ Die Diskussion um Krieg und Militarismus, um militärischer Gewalt und militärischer Logik versus Zivilgesellschaft wieder entfachen, noch bevor sich einer zu entscheiden hat, ob er den Kriegsdienst verweigern will, ihn also allererst in die Lage zu versetzen, sich wirklich und in Kenntnis dessen, was Krieg bedeutet und was Bedingungen des Friedens sind, zu entscheiden.

■ Und das bedeutet, die Wirklichkeit des Krieges und die Prinzipien der militärischen Logik wieder zurückzuholen in die Diskussion innerhalb der Generation, um deren Zukunft es geht, und zwischen den Generationen, von denen die eine die andere unter der Hand auf Krieg vorbereiten und in Kriege schicken möchte – sei es als Wehrpflichtige oder als „Freiwillige“.

■ Die Diskussion unter denen, die – warum auch immer – „hingehen“ und denen, die „nicht hingehen“ wollen, die unverzichtbare Diskussion zwischen Soldaten und Zivilisten wieder entfachen, also klar machen, dass die Entscheidung für oder gegen Kriegsdienst nicht eine Wahl zwischen zwei beliebigen Jobs ist, sondern eine ethische Entscheidung von fundamentaler Bedeutung.

■ Die Frage nach den ethischen Grundlagen zivilen und militärischen Handelns wieder in den Mittelpunkt der eigenen Reflexion und Diskussion stellen und sie an den alltäglichen Folgen mili-

tärischen Handelns messen.

■ Weg von der Fixierung auf statistische Debatten und Erbsezahlerei mit Einberufungsquoten.

■ Zurück zu einer offensiven Informationspolitik über die Wirklichkeit des Krieges und militärischer Logik und Gewalt in all ihren offenen und verdeckten und sich schleichend in die Zivilgesellschaft hinein ausbreitenden Erscheinungsformen.


■ Weg von der Funktion der Berater und der Zentralstelle KDV als Consultingunternehmen und als bloßer Floskel- und Legitimationslieferant für uninformierte „Nichtingehrer“.

■ Hin zu einer wirksam agierenden NGO, die im vernetzten Zusammenwirken mit anderen Institutionen Diskussionsreihen, Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und kreative, neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit über Militarismus und Pazifismus, also die Wiederherstellung von politischer Öffentlichkeit zum Thema Krieg und Frieden initiiert, provoziert und vorantreibt.

■ Das meint: Lobby sein für einen offenen gesellschaftlichen Diskussionsprozess zu einer der fundamentalen Zukunftsfragen der Menschheit im 21. Jahrhundert: Wird die immer deutlicher werdende weltweite Knappheit der Ressourcen in einen globalen und permanenten Krieg der Starken gegen die Schwachen münden oder in einer neuen, gerechteren Form des Zusammenlebens der Völker, von der alle reden – aber eben oft nur reden und nicht sehen und nicht wissen wollen, was sie tun?

■ Die alltägliche Wirklichkeit bietet dazu Anlass und Stoff in Hülle und Fülle – man muss nur hinschauen zugreifen, den Blick für die schleichende und offene Militarisierung der Gesellschaft schärfen und die „alternative Wehrpflicht“ für Pazifisten und Zivilisten ins Gedächtnis rufen: Die Bürgerpflicht zum aktiven Eintreten für die ethischen Werte der Zivilgesellschaft, wie sie das Grundgesetz in seinem Grundrechtskatalog festgeschrieben hat, und die in unüberbrückbarem Widerspruch zu der Logik militärischer Gewalt stehen.

Die Horrorvision eines Militaristen: »Stell Dir vor, es ist Krieg – und alle können ihn sehen und wissen, was das wirklich ist! Wer wird dann noch Soldat?«

Michael Hofferbert ist Rechtsanwalt und seit Jahrzehnten mit dem Thema Kriegsdienstverweigerung befasst. 

Stell' Dir vor, Du machst KDV-Beratung – und keiner kommt!

Eine Replik auf Michael Hofferbert/Von Stefan Philipp

„Ja“, möchte man ausrufen, wenn man Michael Hofferberts scharfsinnige und -züngige Analyse liest – natürlich hätten wir gerne die politisch bewussten Kriegsdienstverweigerer, die wie das „Salz in der Suppe“ in der Gesellschaft pazifistisch-antimilitaristisch wirken und aktiv gegen die neuen deutschen Kriege eintreten. Wie gerne hätten wir sie massenhaft in unserer allerorten angebotenen KDV-Beratung, um ihnen klar zu machen, wie verbrecherisch Krieg ist, wie notwendig Widerstand dagegen. Würden mit ihnen diskutieren wollen über Unrecht und Gewalt, Militär und Krieg, zivilen Ungehorsam und gewaltfreie Blockaden ...

Indes: Sie kommen nicht. Und aus ihrer Sicht zu Recht! Sie verhalten sich so, wie ein Student, der zum Gebrauchtwagenverkäufer geht, weil er einen verbrauchsarmen und kostengünstigen Kleinwagen will; ein solcher würde seinem Bedürfnis entsprechen, täglich zur Uni zu fahren, am Wochenende gelegentlich einen Ausflug zu machen und einmal im Jahr mit der Freundin in die Bretagne oder ans Schwarze Meer. Wenn der Autohändler seinen Wunsch geflissentlich überhört und ihn vom Kauf eines S-Klasse-Mercedes oder 7-er BMW überzeugen will, der zwar in der Anschaffung und im Unterhalt bedeutend teurer ist, „aber bedenken Sie doch: die Bequemlichkeit der Ledersitze, das flotte Dahingleiten mit 250 PS, die Sitzheizung im Winter und die Annehmlichkeit der Klimaanlage im Sommer ...“

Was würde der Student wohl tun? Er würde den Verkäufer, der nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist, stehen lassen und zu dem Autohändler gehen, der ihm prompt den gewünschten Wagen zu einem günstigen Preis verkauft.

Wie ist heute die Kenntnis-, Interessen- und Bewusstseinslage eines 18-jährigen Abiturienten, der zur Musterung geladen wird? Er gehört zu der Hälfte des Jahrgangs, die, wenn sie sich entscheiden muss, den Zivildienst dem Militärdienst vorzieht. Er hat nämlich keine Lust, fern der Freundin mit sieben anderen Kameraden in einer heruntergekommenen „Stube“ wohnen zu müssen, Hemden auf DIN A4-Größe zu falten, ständig bedroht von schreienden Vorge-

setzten und stupider Formalausbildung. Krieg findet er „irgendwie Scheiße“, Militär „braucht man aber schon irgendwie“, andererseits ist ihm durchaus bekannt, dass Wehrpflichtige nicht in Auslandseinsätze müssen. Von seinen Mitschülern weiß er, dass jeder Zweite als untauglich ausgemustert wird und dass er mit dem KDV-Antrag besser wartet, ob er überhaupt zu den 50 Prozent Tauglichen gehört, weil „bekennende“ Kriegsdienstverweigerer eher tauglich gemustert werden. Ihm ist bekannt, dass seine Chance, als Kriegsdienstverweigerer zum Zivildienst einberufen zu werden, deutlich höher ist als die eines tauglich gemusterten Nicht-KDVer, zur Bundeswehr einberufen zu werden. Am liebsten würde er gar keinen Pflichtdienst machen müssen, lieber bald mit dem Studium beginnen oder aber ein freiwilliges Jahr im Ausland machen. Schließlich weiß er von älteren Mitschülern, dass es relativ einfach ist, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden: Er muss einen schriftlichen Antrag stellen und eine zwei Seiten lange Begründung schreiben, warum er aus Gewissensgründen als Soldat keinen anderen Menschen umbringen kann. Wenn er das schlecht selber aufschreiben kann, besorgt er sich aus dem Internet verschiedene KDV-Begründungen und fasst diese zu seiner eigenen zusammen.

Sein Vorgänger, der 18-jährige (westdeutsche) Abiturient im Jahr 1979, war mit einer anderen Lage konfrontiert: Die BRD war die heiße Nahtstelle des kalten Kriegs, die beiden Blöcke standen sich bis an die Zähne bewaffnet und jederzeit zum Krieg bereit gegenüber. Über die Aufstellung neuer US-Atomraketen mit der zigfachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe in Deutschland wurde heftig diskutiert, Vorwarnzeit gleich null, V-Fall = Vernichtungsfall. Die Bun-

deswehr war doppelt so groß wie heute, fast jeder wurde „gezogen“. Das „Postkarten“-Verfahren war gerade vom Bundesverfassungsgericht kassiert worden, Kriegsdienstverweigerer mussten in einer mündlichen Verhandlung quasi beweisen, dass ihnen ihr Gewissen das Töten anderer Menschen verbiete, das berühmte-berüchtigte Inquisitionsverfahren.

Der erste wenige Jahre zuvor in „Zivildienst“ umbenannte Ersatzdienst dauerte einen Monat länger als der Wehrdienst und war teilweise immer noch mit dem Makel des „Drückeberger“-Dienstes behaftet. Immerhin hatte im



DFG-VK-Aktion in der siebziger Jahren

Jahr zuvor ein Drittel aller Zivildienstleistenden trotz Verbots einen Tag lang erfolgreich gegen die staatlichen Kasernierungspläne gestreikt. Die Zahl der KDV-Anträge erreichte im Vorjahr nicht einmal die 37.000-er Marke.

Der Abiturient geht also in eine KDV-Beratungsstelle, weil er weiß, dass er ohne die Beratung wenig Chancen hat, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden. Der KDV-Antrag allein macht ihn zum Oppositionellen, in der Beratungsstelle trifft er auf Gleichgesinnte und Gleichaltrige, mit denen er natürlich überlegt, wie er sich, wie sie sich gemeinsam gegen das staatliche Unrecht wehren können. Zur Vorbereitung auf die Verhandlung vor dem Prüfungsaus-

schuss diskutieren sie intensiv über Krieg, Militär und Gewalt.

Im Jahr zuvor haben sich die ersten Totalverweigerer zur Gruppe „Kollektiver gewaltfreier Widerstand“ zusammengeschlossen. Eines ihrer Ziele: die Abschaffung der Wehrpflicht. Unerhört, gilt diese in Deutschland doch als „heilige Kuh“.

Fasst man diese unterschiedlichen Bedingungen unter dem Blickwinkel der KDV-Beratung zusammen, so ergibt sich dieses Bild:



Früher trat der Staat jedem jungen Mann mit dem unbedingten Anspruch der Wehrpflicht – die man besser als Kriegsdienstpflicht bezeichnen sollte – gegenüber. Zu dieser musste er sich als jemand, der nicht zur Bundeswehr wollte, aktiv verhalten; im Regelfall so, dass er sich intensiv mit der Frage von Krieg und Frieden auseinandersetzen musste, um als Kriegsdienstverweigerer staatlich anerkannt zu werden. Der Staat schuf mit seinem Verhalten die Nachfrage für die Beratung.

Heute gilt die Kriegsdienstpflicht nur bedingt, und wer sich „klug“ verhält,

der kommt ohne großen Aufwand mindestens um den Militärdienst herum, in vielen Fällen um jeden Dienst. Der Staat schafft mit seinem Verhalten also eine Nachfrage für die Beratung dahingehend, wie man den „Nulldienst“ erreicht.

Das mag man beklagen, aber mit welcher Forderung: Die nach Wiedereinführung der Inquisitionsverfahren, die die Politisierung und die Auseinandersetzung mit den nach unserer Ansicht richtigen und wichtigen Themen bewirkten, wird es wohl nicht sein können.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Der heutige Ratsuchende verhält sich seinem Interesse entsprechend rational. Genau so wenig, wie der S-Klasse-Mercedes für den Studenten einen Sinn hat, hat sie die politisch korrekte und umfassende KDV-Beratung für den beschriebenen heutigen 18-Jährigen. Wenn der Berater dazu noch in den zahlreichen Einzelfragen von Zurückstellungsregelungen etc. nicht wirklich kompetent ist, berät er falsch. Gut gemeint zwar, aber damit eben das Gegenteil von gut.

Michael Hofferbert liegt deswegen falsch mit seiner Aufzählung der Punkte, wie die KDV-Beratung umstrukturiert werden müsste. Sinnvoll erscheinen diese in einem anderen Beratungszusammenhang. Es gibt – auch und vielleicht gerade unter jungen Männern – einen Bedarf an „Lebensberatung“, die sich um Fragen wie Berufswahl und Lebensplanung, Umgang mit Misserfolgserlebnissen

etc. handelt. Darin hätte selbstverständlich die Thematisierung von „Krieg und Frieden“ ihren richtigen Platz. Ob aber DFG-VK-Gruppen ein solch umfassendes Beratungsangebot schaffen können – und wollen?

Richtig liegt Michael Hofferbert mit vielen seiner aufgezählten Punkte, wenn man sie von der Frage der Beratung junger Männer im Zusammenhang mit der Kriegsdienstpflicht löst. Als Beispiel: Die „offensive Informationspolitik über die Wirklichkeit des Krieges“ ist ein Kernbestandteil der DFG-VK-Arbeit – aber eben bezogen auf die Gesamtgesell-

schaft. Wie schwierig und teilweise frustrierend diese Arbeit ist, erfahren wir immer wieder – und lassen uns dennoch nicht von ihr abbringen, weil sie notwendig ist.


Hart widersprechen muss man Michael Hofferbert, wenn er behauptet, diejenigen, die für die Abschaffung der Wehrpflicht eintreten, würden die Einführung einer Berufsarmee fordern. Abgesehen davon, dass wir eine solche heute bereits faktisch haben – der Anteil der Wehrpflichtigen an der Gesamtzahl aller SoldatInnen liegt bei 12 Prozent, und das nicht etwa, weil PazifistInnen das gefordert hätten –, ist keine Forderung, kein Positionspapier aus dem antimilitaristischen Bereich bekannt, in dem mit der Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht die Schaffung einer Berufsarmee verbunden wäre.

Im Gegenteil: Die DFG-VK tritt für Entmilitarisierung, also die Abschaffung der Bundeswehr und aller Armeen ein. In der wohl richtigen Erkenntnis, dass dieses Ziel nicht „auf einen Streich“ erreicht werden kann, ist die zentrale Kampagne der DFG-VK „Schritte zur Abrüstung“. Die Abschaffung der Wehrpflicht wird als ein solcher Schritt begriffen.

Richtig ist diese Forderung nach Abschaffung der Kriegsdienstpflicht, auch wenn sich damit noch nicht das Gesamtproblem von Militär und Krieg löst.

Platt gesagt: Je weniger Menschen die Ermordung anderer Menschen lernen, um so besser. Neben ihrer militärstrategischen Funktion – die angesichts der Tatsache, dass Wehrpflichtige nicht im Ausland eingesetzt werden, momentan eher gering sein dürfte – hatte die Wehrpflicht immer auch den Zweck der militärischen Zurichtung und Integration, Stichwort „Schule der Nation“.

Die Abschaffung des „Wehrzangs“ wäre ein Freiheitsgewinn – für die betroffenen Männer und die gesamte Gesellschaft.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage. Anfang der 80-er Jahre verweigerte er die Kriegsdienstpflicht total, saß zwei Monate im Bundeswehrarrest und anschließend wegen „Gehorsamsverweigerung“ und „Fahnenflucht“ über fünf Monate im Gefängnis. Seit Mitte der 80-er Jahre ist er Delegierter der DFG-VK bei der Zentralstelle KDV und deren stellvertretender Vorsitzender. 

Maintaler Erklärung

zu 60 Jahre Grundgesetz – 60 Jahre Kriegsdienstverweigerungs-Grundrecht

Am 23. Mai 2009 wird das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre alt. Im Kern war diese Verfassung eine Antwort auf den Krieg, die Barbarei und die millionenfachen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland. Die noch immer gültige Forderung „Nie wieder Krieg“ sollte vor allem durch das Verbot von Angriffskriegen sowie durch die Grundrechte und den Schutz vor Zwangs-Kriegsdienst gegen das Gewissen der Betroffenen garantiert werden – formuliert in einer Zeit, als es kein deutsches Militär gab. Der Staat hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.

Sechzig Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes halten wir es für notwendig,

... sich auf die friedensstaatlichen Elemente der Verfassung von 1949 zu besinnen.

Der verbindliche Grundrechtekatalog, insbesondere die Garantie von Gewissensfreiheit, und das Verbot von Angriffskriegen sind antimilitaristische Grundpositionen gegen den Nationalsozialismus. Überblickt man die vie-

Wir halten es für dringend notwendig, die friedensstaatlichen und antimilitaristischen Prinzipien des Grundgesetzes, die zu Unrecht verlassen wurden, in Erinnerung zu rufen und sie bis nach Berlin und Karlsruhe deutlich zu machen.

... die Wehrpflicht abzuschaffen.

Der Vernichtungskrieg der Wehrmacht wäre ohne allgemeine Kriegsdienstpflicht nicht denkbar und möglich gewesen. Die Hochrüstung beider deutscher Staaten war ohne Wehrpflicht nicht umsetzbar. Ihr militärischer Zweck ist die Massenrekrutierung zur Führung von Massenkriegen, ihr gesellschaftspolitischer Zweck, den Schulterchluss zwischen Militär und Gesellschaft herzustellen und zu sichern. Bereits in „Friedenzeiten“ unterliegen Wehrpflichtige massiven Grundrechtseinschränkungen. Das KDV-Grundrecht bietet dabei keinen umfassenden Schutz des Einzelnen gegenüber den Kriegsdienstpflichten und wird auch heute noch als ein Grundrecht praktiziert, das erst auf Antrag und nach Überprüfung durch staatliche Instanzen gewährt wird. Der Umgang mit Kriegsdienstverweigerern ist eine endlose Geschichte von persönlicher Benachteiligung und Ungleichbehandlung.

Wir treten für die materielle und geistige Abrüstung ein und fordern die Achtung der Grundrechte. Friedens- und menschenrechtlich ist die Abschaffung der Wehrpflicht in Deutschland überfällig.

... die Beratung von Kriegsdienstverweigerern wieder deutlich an der grundsätzlichen Frage von Krieg und Frieden zu orientieren.

Der massive Eingriff der Wehrpflicht in die Ausbildungs- und Berufsplanung junger Männer hat in deren Beratung die Tendenz zur praktischen Lebensberatung verstärkt. Ohne dies aufzugeben, muss das Bewusstsein dafür geweckt werden, dass Kriege aus unterschiedlichsten Interessen weiterhin geführt und Menschen verletzt und getötet werden. Gerade auch dann, wenn es keine Wehrpflicht mehr geben sollte, wird die Weigerung von Soldaten und Zivilisten gegenüber Kriegsvorbereitung und Kriegsführung zum notwendigen Zeichen für eine gerechtere und friedlichere Welt.



Werner Glenewinkel, Vorsitzender der Zentralstelle KDV (links): Wehrpflicht abzuschaffen – jetzt!

Wir meinen, dass die Frage von Krieg und Frieden und die ethische Verantwortung des Einzelnen nicht nur in der KDV-Beratung, sondern auch in der Gesellschaft stärker thematisiert werden muss.

... Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten aufzunehmen.

Die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren ist nach der Rechtsprechung kein Asylgrund. Dahinter steht: Desertion gilt als Verrat – sowohl im eigenen Land als auch für Deserteure anderer Länder. Wir meinen dagegen: Desertion ist die praktische individuelle Konsequenz, sich gegen die Beteiligung am Krieg, an Kriegsverbrechen und militärischer Gewalt zu entscheiden. Das Nein zum Krieg ist ein wichtiger Schritt zur Beendigung des jeweiligen Krieges. Wir fordern die Umsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung und des Rechts auf Unverletzlichkeit des Lebens für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer.

... Prinzipien und Methoden ziviler Konfliktbearbeitung stärker in den Blick zu nehmen.

Von der Tatsache ausgehend, dass Krieg und Gewalt niemals Frieden und Gerechtigkeit schaffen können, wurden aus der Zivilgesellschaft heraus in den letzten Jahren vielfältige Methoden ziviler Konfliktbearbeitung entwickelt und (entsprechend der ungenügenden Finanzausstattung lediglich) in kleinem Maßstab praktiziert.

Wir treten für die Fortentwicklung, staatliche Finanzierung und Praktizierung ziviler Konfliktbearbeitung und den gleichzeitigen Abbau von Militär und Rüstungsproduktion als untaugliche und kriegsfördernde Auseinandersetzungsmittel ein.



TeilnehmerInnen der Maintaler Tagung

len Friedenshinweise und Absagen an den Militarismus der NS-Zeit, so ist das Grundgesetz nicht nur eine „freiheitlich demokratische Grundordnung“, sondern auch eine friedensstaatliche. Die Wehrverfassung von 1955 änderte das radikal und schuf trotz der feierlichen Garantien der Grundrechte verfassungswidriges Verfassungsrecht, weil es den Wesensgehalt der Grundrechte antastete, ja zum Teil aufhob. Aber das hat das Bundesverfassungsgericht nicht etwa beanstandet sondern im Gegenteil die Wehrpflicht, die erst nachträglich ermöglicht, aber nicht verlangt wurde, als „staatsbürgerliche Pflicht hohen Ranges“ bezeichnet.

Die Maintaler Erklärung wurde auf der Tagung „60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre KDV-Recht, 53 Jahre Wehrpflicht – ... und (k)ein bisschen Frieden?!“ von den Delegierten der 26

Mitgliedsverbände der Zentralstelle KDV und den 80 TeilnehmerInnen am 9. Mai in Maintal verabschiedet.



Tobias Pflüger

Zum Abschied: Unterstützt die Iren

Heute will ich mich als Europaabgeordneter von den LeserInnen der **ZivilCourage** verabschieden. Meine Wiederwahl ins Europäische Parlament ist nicht gelungen, Platz 10 auf der Liste der Linken reichte nicht. Das Wahlergebnis für Die Linke war schlechter, als es bei der Aufstellung der Liste erwartet worden war. Damit ist auch diese Kolumne in dieser Form beendet. Ob wir die Kolumne vielleicht in meiner Funktion als Mitglied im Rat der DFG-VK-Dachorganisation War Resisters International (WRI) weiterführen, ist noch nicht endgültig klar.

Schön war, dass ich während meiner Zeit als Europaabgeordneter eine ganze Reihe von Projekten zusammen mit der DFG-VK und der War Resisters International verwirklichen konnte. Von Anhörungen und Publikationen zur Lage der Kriegsdienstverweigerer in der Europäischen Union, über Treffen gegen Militärbasen bis hin zum Nato-Protest im vergangenen April und vielem anderen mehr. Zwei KollegInnen werden in den Bereichen arbeiten, in denen ich zuvor tätig war: Willy Meyer-Pleite, Europaabgeordneter der Vereinigten Linken aus Spanien, und vor allem Sabine Lösing von der Linken werden auch in den Ausschüssen tätig sein, in denen ich zuvor war: Beide sind Mitglieder im Auswärtigen Ausschuss (AFET), und Sabine Lösing aus Göttingen ist zudem Mitglied im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (SEDE). So ist zumindest gesichert, dass ein Teil der Arbeit irgendwie weitergeführt werden kann.

Wichtige Aufgaben der nächsten Zeit für die Friedens- und Antikriegsbewegung sind meiner Ansicht nach vor allem zwei Themen:

Wir müssen die Forderung nach Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan klar formulieren. Dies sollte ein Thema sein, das wir in den Bundestagswahlkampf von außen mit einbringen. Afghanistan ist ein Symbol geworden für die gescheiterte Militarisierungspolitik der Bundesregierung. Die Zukunft der Nato entscheide sich dort, heißt es aus militärischen Quellen. Da wir keine Zukunft für die Nato wollen, ist dies ein weiterer Grund für Aktivitäten in diese Richtung.

Am 2. Oktober wird es dann ein erneutes Referendum in Irland zum Lissabon-Vertrag geben (siehe nebenstehenden Artikel). Ich hoffe darauf, dass sich auch aus den Reihen der DFG-VK Menschen finden werden, die die irischen FriedensfreundInnen beim Kampf für das „Nein“ zu diesem militaristischen EU-Vertrag unterstützen. Sie haben uns eingeladen, bei der dortigen Kampagne zu helfen. Dem sollten wir nachkommen.

Nein heißt Nein!

Zur Entscheidung des Verfassungsgerichts über den Lissabon-Vertrag und die Volksabstimmung in Irland/Von Tobias Pflüger

Am 30. Juni hat das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungswidrigkeit des Lissabon-Vertrages entschieden. Dabei hat es einen Trick angewandt, indem es den Vertrag als solchen als mit dem Grundgesetz konform erklärt hat, aber einen Teil der Begleitgesetzgebung für grundgesetzwidrig erklärt: „Das Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Ausweitungsgesetz) verstößt insoweit gegen Art. 38 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 GG, als Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages und des Bundesrates nicht in dem erforderlichen Umfang ausgestaltet worden sind.“

Eine wesentliches Beteiligungsrecht ist das Entscheidungsverfahren bei Militäreinsätzen der Europäischen Union. Im Urteil heißt es: „Der Antrag ... ist zulässig, soweit die Antragstellerin eine Verletzung der Entscheidungsbefugnisse des Deutschen Bundestages über den Einsatz der deutschen Streitkräfte geltend macht.“ Und: „Eine ähnlich ausgeprägte Grenze zieht das Grundgesetz für Entscheidungen über den Einsatz der Bundeswehr. Der Auslandseinsatz der Streitkräfte ist außer im Verteidigungsfall nur in Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit erlaubt (Art. 24 Abs. 2 GG), wobei der konkrete Einsatz von der Zustimmung des Deutschen Bundestages konstitutiv abhängt. Die Bundeswehr ist ein *Parlamentsheer*, über dessen Einsatz das Repräsentationsorgan des Volkes zu entscheiden hat.“

Der Lissabon-Vertrag schafft umfangreich neue militärische Kompetenzen für die EU. Der Bundestag hatte sich mit der Zustimmung zu dem Vertrag selbst entmachtet, was das Bundesverfassungsgericht nun korrigiert hat.

Damit ist klar gestellt: Ausschließlich der Deutsche Bundestag darf über Auslandseinsätze der Bundeswehr entscheiden.

Der Lissabon-Vertrag ist damit allerdings in Deutschland nicht verhindert. Deshalb liegt nun alles an Irland, wo am 2. Oktober ein erneutes Referendum zum Vertrag stattfinden wird, nachdem die irische Bevölkerung klar „nein“ gesagt hatte.

Auf dem Juni-Gipfel der EU in Brüssel wurde eine „Zusatzprotokoll“ genannte Erklärung zum Lissabon-Vertrag verabschiedet. Diese muss, damit sie gültig wird, in allen EU-Staaten ratifiziert werden. Der Plan ist, dass die EU-Mitgliedsstaaten diese Erklärung z.B. beim Beitritt von Kroatien mit unterzeichnen und dann in den jeweiligen nationalen Parlamenten beschließen. Sie beinhaltet drei Punkte: Steuerpolitik, Abtreibungsrecht und Militärpolitik. Ziel ist, einen Teil derjenigen ruhig zu stellen, die gegen den Lissabon-Vertrag gestimmt haben, um eine Mehrheit beim erneuten Referendum am 2. Oktober zu erhalten.

Beim Punkt „Sicherheit und Verteidigung“ wird behauptet, der Vertrag würde die Neutralität Irlands nicht berühren. Das ist falsch: Die Zusammenarbeit zwischen EU und Nato bleibt ein wesentliches Element des Lissabon-Vertrages. Es gibt eine Reihe von Positivbezügen zur Nato. So heißt es im „Protokoll“: „In der Überzeugung, dass eine maßgeblichere Rolle der Union im Bereich von Sicherheit und Verteidigung im Einklang mit den so genannten Berlin-plus-Vereinbarungen zur Vitalität eines erneuerten Atlantischen Bündnisses beitragen wird.“ Das ist ein offener Bruch unter anderem der Neutralität Irlands.

Das Zusatzprotokoll wird nichts daran ändern, dass der Lissaboner Vertrag die EU zu einer Militärunion machen würde. Alle Militärelemente des Vertrages bleiben bestehen.

Die Textvorlage des EU-Rates bestätigt, wie richtig unsere Kritik an den militärischen Auswirkungen des Lissaboner Vertrages war und ist. Nun soll er also mit Tricksereien doch noch durchgesetzt werden. Die Iren haben eindeutig mit „Nein“ gestimmt. Nun sollen sie so lange abstimmen, bis das Ergebnis der selbsternannten EU-Elite passt. Die „Zugeständnisse“ im neuen „Zusatzprotokoll“ sind unverbindliche Kosmetik.

Wir werden dafür kämpfen, dass auch bei einem zweiten Referendum in Irland das Nein zu diesem neoliberalen und militaristischen Lissabonner Vertrag obsiegt. Nein heißt Nein!

Tobias Pflüger war bis zur Wahl im Juni Mitglied des Europäischen Parlaments.



Lizenz zum Töten

Ein friedenspolitischer Nachruf auf das Grundgesetz/Von Jürgen Grässlin

Das 60-jährige Bestehen des Grundgesetzes, das im Mai groß gefeiert wurde, ist Anlass zum Nachlesen, welche Schlussfolgerungen die Mütter und Väter des Grundgesetzes aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges gezogen haben.

Deutschland sollte „dem Frieden in der Welt dienen“, heißt es in der Präambel. In Artikel 11 bekennt sich das deutsche Volk „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“. Artikel 26 schreibt fest: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ In Absatz 2 wird geregelt, dass „zur Kriegführung bestimmte Waffen ... nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden“ dürfen.

Zunächst war die Bundesrepublik ohne eigenes Militär, erst 1956 wurde der Artikel 87a ins Grundgesetz eingefügt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Allerdings dürfen diese „außer zur Verteidigung“ nur dann „eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt“.

Um zu verstehen, wie die Bundeswehr dennoch von einer Verteidigungs- zu einer Angriffsarmee umfunktioniert werden konnte, müssen wir in die 90-er Jahre zurückblicken.

Dem Zusammenbruch der Warschauer Vertragsorganisation und der deutschen Wiedervereinigung folgte die Suche nach neuen Feindbildern. In seinem internen Strategiepapier sprach Bundeswehrgeneral Naumann erstmals von einem „weiten Sicherheitsbegriff“ und dem Ziel „der Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen“. Diese Vorgaben fanden 1992 Eingang in die verbindlichen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von CDU-Verteidigungsminister Rühle. Von nun an sollte sich die Bundeswehr an den „realen Bedingungen von Krieg, Gefahr und menschlichem Elend orientieren“. Unter

dem Deckmantel „humanitärer Friedensmissionen“ wurde die Umwandlung der Bundeswehr schrittweise zur Interventionsarmee umgesetzt. Unter Bruch des Grundgesetzes führte Rühle die damals überwiegend militärkritisch eingestellte Öffentlichkeit mit seiner „Salamitaktik“ an Bundeswehreinheiten außerhalb des Nato-Territoriums heran.

Mit den rechtswidrigen Out-of-Area-Einsätzen im Persischen Golf, in Kambodscha, im ehemaligen Jugoslawien, in Somalia schuf die liberal-konservative Bundesregierung Sachzwänge als Vorbereitung für deren nachträgliche rechtliche Legitimation. Im Nachhinein erfolgte diese am 12. Juli 1994 durch das umstrittene Urteil des Verfassungsgerichts.

In den kommenden Jahren folgten die Bundeswehreinheiten in Bosnien, der Einsatz im ehemaligen Jugoslawien sowie in Kroatien. Die Bundesregierung unter Kohl scheiterte nicht zuletzt an dieser aggressiven Außenpolitik.

Dank ihrer Friedensversprechungen wurden SPD und Bündnis 90/Die Grünen 1998 gewählt. Doch mit deren Zustimmung zum Kosovo-Kampfeinsatz legitimierte der Bundestag erstmals einen gleichermaßen grundgesetz- wie völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat. Im Frühjahr 1999 ließ die Bundesregierung auch ohne UN-Mandat völkerrechtswidrig auf militärische und zivile Einrichtungen schießen: Tausende Menschen starben bei der Bombardierung serbischer Städte durch Nato-Truppen, darunter Bundeswehreinheiten. Erst im Nachhinein erfolgte eine Legitimierung durch Uno.

Hatten SPD und Bündnisgrüne die Erweiterung des Bundeswehrauftrags Anfang der 90-er Jahre noch strikt abgelehnt, so hieß es – im Widerspruch zum Grundgesetzartikel 87a – in den neuen VPR: Verteidigung lasse sich „geografisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist“.

Spätestens mit den Anschlägen am 11.9.2001 fielen die letzten Schranken. Verteidigungspolitiker in aller Welt nutzten die Terroranschläge, um die Rüstungsspirale anzuziehen. Die deutsche Sicherheit werde „nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt“, verkündete SPD-Verteidigungsminister Struck drei

Jahre danach und legitimierte damit den Einsatz in Afghanistan. Unter größter Geheimhaltung unterstützten Bundeswehrsoldaten des Kommandos Spezialkräfte aus Calw US-Einheiten im Afghanistan-Krieg. Seit der – im Widerspruch zu Artikel 87a des Grundgesetzes stehenden – Erweiterung des Einsatzgebietes ist die Bundeswehr längst mit einer Lizenz zum weltweiten Töten im Einsatz.

Der so genannte „Krieg gegen den Terror“ legitimierte auch die indirekte Unterstützung Deutschlands für den Krieg der US-geführten Interventionsgruppen gegen den Irak im März und April 2003. Mit der Genehmigung der Start- und Überflugsrechte für US-Einheiten, der Steuerung durch die militärische US-Schaltzentrale Eucom bei Stuttgart usw. ging dieser Krieg auch von deutschem Boden aus.

Heute ist Deutschland wieder eine weltweit operierende Militärmacht. Nach den USA und Russland rangiert die deutsche Rüstungsindustrie auf Platz 3 der Waffenexporteure, kaum ein Krieg wird ohne deutsche Waffen geführt. Auf der Basis der Verteidigungspolitischen Richtlinien und im Einklang mit der neuen Nato-Strategie kommen hochprofessionelle Soldaten der Krisenreaktionskräfte und des Kommandos Spezialkräfte als schlagkräftige Eingreiftruppe juristisch wie geografisch grenzenlos zum Einsatz. Momentan verteidigen 7.370 Bundeswehrsoldaten deutsche Interessen im Golf von Aden, am Horn von Afrika, in Afghanistan und in vielen weiteren Kriegs- und Krisengebieten – offiziell im Dienste des Friedens und der Humanität. Fakt ist, dass die Bundeswehr am Hindukusch Krieg führt, deutsche Soldaten Taliban und friedliebende Menschen erschießen.

Tödliche Schüsse von Bundeswehrsoldaten auf Zivilisten und deutsche Waffenexporte an menschenrechtsverletzende Staaten dienen allenfalls dem Unfrieden in der Welt. Angesichts dieser Tatsachen verkommen die salbungsvollen Festtagsreden zum 60-jährigen Bestehen des Grundgesetzes zu einem friedenspolitischen Nachruf.

Jürgen Grässlin ist DFG-VK-Bundes-sprecher. 

Mascha hat in Straßburg ihre Unschuld verloren ...

Gegen den Bruch von pazifistischen und militanten Teilen der Friedensbewegung/Von Karin Baumert

Die Demonstrationen gegen den Nato-Gipfel in Straßburg waren von massiver Polizeigewalt überschattet. In deren Ablehnung sind sich alle einig, die an den Protesten beteiligt waren. Zum Teil heftige Diskussionen gibt es aber über die Militanzbereitschaft, die von Teilen der DemonstrantInnen (verkürzt als „Schwarzer Block“ bezeichnet) gezeigt wurde. Wie weit darf man gehen, wenn der Staat schon Sitzblockaden mit Knüppeln und Tränengas beschießt? Muss man unter allen Umständen selbst gewaltfrei bleiben, auch wenn das bedeutet, (Polizei-)Gewalt zu erleiden? In der letzten **Zivil-Courage** überwogen die Stimmen, die einen Bruch zwischen pazifistischen und nichtpazifistischen Strömungen befürworteten. Hier antwortet eine Aktivistin der Clownsarmee.

Gewalt ist nicht gleich Gewalt, Frieden ist nicht gleich Frieden – hört sich simpel an. Mascha fuhr nach Straßburg und ahnte noch nicht, dass die einfachen Fragen auf der Straße liegen.

Es begann mit einem Spiel ihrer Clownsarmee in den Straßen vor dem Camp, sozusagen mit einem „warm up“. Sie zogen aus, in den bunten Clownsarmeekostümen, geschminkt und gut ge-launt, um die Bewohner zu erfreuen und zu begrüßen. Was für eine Feststimmung, die Autos hielten an, die Bewohner spielten mit und freuten sich. Und es wurden immer mehr, die kamen, tanzten und mitzogen – was für eine friedliche Stimmung. Sie sollte ein jähes Ende haben. Auf einmal standen da diese Wasserwerfer. Alle fingen an zu laufen, ja nahmen geradezu ihre Füße in die Hand. Welch eine Dummheit!

Mascha hatte gelernt, friedlich zu bleiben und keine Angst zu haben. Aber hier kannte man anscheinend noch nicht die Methoden der gewaltfreien Kommunikation nach Marshall B. Rosenberg. Sei frei von Angst und versuche die Gefühle zu erkennen, die hinter der Aggression stehen, hatte sie gelernt.

Also setzten sich alle Clowns hin auf die Straße und hoben die Hände. Und was als kräftige Dusche an einem Sommertag begann, Mascha machte sich ein wenig Sorgen um ihre Schminke, wurde von einer Sekunde zur anderen bitterer Ernst. Die Wasserwerfer hatten ohne jede Ankündigung den Hebel herumgelegt, und heraus kam französisches Tränengas.

Der Überlebenstrieb ließ Mascha all ihre friedensliebenden Anschauungen

vergessen. Auf die Frage, was hinter der Aggression steht, wollte sie später zurückkommen. Aber erst einmal lief sie um ihr Leben, und nun verstand sie das jähe Aufbrechen der Bewohner, die hatten ihr etwas voraus gehabt. Und sie lief und lief, das Tränengas war schneller als sie, und hätte sie nicht jemand gerufen, wäre sie womöglich in Panik erstickt, zu zart war ihre Seele und ihr Sinn für Gerechtigkeit. Wie kann man denn lustige, friedliebende Clowns so angreifen?

Aber erstmal flüchtete sie sich in einen kleinen Laden, der danach sofort die Rollos wieder runtermachte, und saß auf dem Boden, weinend, nach Luft schnappend. Wasser wurde ihr über den Kopf geschüttet, und das tat sooo gut, sie vergaß ihre Sorge um die Schminke, das ganze Clownsgehabe kam ihr auf einmal so lächerlich vor. Als sie wieder zu sich kam, brannte die Kehle immer noch vor Wut und Tränengas, aber sie konnte wieder atmen und die Augen aufmachen. Erst jetzt bemerkte sie, wie dunkel es war. Wären da nicht die Stimmen gewesen, die in französischem Singsang beruhigend auf sie eingeredet hätten, hätte sie keine Orientierung gehabt.

Langsam normalisierte sich ihre kleine Welt wieder. Sie wurde an den Händen in einen Raum geführt, in dem sie ein Waschbecken ertastete und sich waschen konnte. Dann tastete sie sich in den immer noch dunklen Raum zurück, aber sie konnte sich nun orientieren, setzte sich wieder auf den Fußboden und hörte dem Stimmengewirr zu. Sie fing an, die Worte zu verstehen, auch das Französische kam in ihr Bewusstsein zurück.

Und sie hörte all die Geschichten von Arbeitslosigkeit, Polizeigewalt und dem alltäglichen Rassismus. Nicht, dass sie darüber nicht schon viel gelesen hatte, aber in diesem Augenblick war es so tröstend und erschreckend zugleich. Mascha begann, ihre Unschuld zu verlieren. Später, als die Rollos wieder hochgezogen wurden, konnte sie mit ihren eigenen Augen sehen, wovon die Rede war. Draußen war Krieg. Immer noch hing der Geruch von Tränengas in der Luft, aber nun hörte man die Geschosse, bum, bum bum.

Im Camp war der Ruf eingegangen „die Clowns werden überfallen“, und sofort brach das Camp auf, um die Clowns zu befreien. Das zu hören hat Mascha gut getan. Es wurden Barrikaden gebaut und angezündet, und die Polizei setzte den ganzen Stadtteil über Stunden in einen Ausnahmezustand.

Spätabends wird sie auf dem Plenum sitzen und die Macker reden hören. ... dann kommen wir an die Kreuzung, die in die Stadt führt, dort wird dann Stacheldraht sein und der größte Teil der französischen Polizei, und dann werden wir den Zaun aufbrechen und in Richtung Innenstadt gehen, obwohl das dann die genehmigte Demoroute verlassen wird ...

Da fragte sie sich, wie das wohl aussehen soll, wenn schon ein friedliches Spiel der Clowns im Straßenkampf endete. Sie ahnte zu diesem Zeitpunkt nicht, dass die Macker von der Alternativkonferenz zwei Stadtteile entfernt angereist waren. Dort hatten sie wichtige Fragen zur Friedenspolitik zu besprechen, unschuldig und friedvoll. Später werden die Macker in ihre Quartiere gehen, und Mascha in ihr Zelt.

Aber sie konnte nicht einschlafen, und so viele Fragen gingen ihr durch den Kopf. Und da sie auch im Herzen ein Clown war, musste sie das Naheliegende sofort tun. Sie wusste nicht, wie sie angesichts der erlebten Ohnmacht ihre gewaltfreie Kommunikation aufrecht erhalten sollte.

Und dann sind da diese ganzen Geschichten. Anscheinend gibt es große Unterschiede in der Zivilgesellschaft. Bist du in diese Banlieus hineingeboren,



deine Eltern sind Marokkaner, gelten für dich nicht dieselben Bürgerrechte wie bis vor kurzem noch für Mascha. Langsam erkannte sie, dass die Gewalt des Staates viel weiter geht, als sie bis vor kurzem noch geahnt hatte.

Am nächsten Morgen ist sie unschlüssig. Es gibt ein Schminkeverbot für Clowns, wegen Vermummungsgefahr, aber ihr ist auch nicht nach Spiel und Deeskalation. Und so ging sie zu der Stadtrandsiedlung, zu den Wohnwagen und Hütten, denn sie wollte noch mehr über die Situation erfahren, in der die Menschen hier lebten. Sie wurde überall empfangen, man freute sich über ihre Neugierde und ihr Interesse. Man gab ihr Kaffee und beantwortete jede ihrer Fragen.

Nein, das hatte sie wirklich nicht geahnt. Natürlich kannte sie die Fakten von Hunger, Kriegen und Umweltzerstörung. Aber was sie schockierte, war diese komplett andere Welt, in der niemand eine Chance hat, mit an den Tisch der Verhandlungen zu treten, keine Partei, keine Gewerkschaft sich je blicken ließ. Sie fragte sich: „Ja, kann ich denn wirklich billigend in Kauf nehmen, gewaltfrei zu kommunizieren, und dabei die Situation der Bewohner dieses Stadtteils komplett ausblenden?“

Sie verstand auch, warum diese Menschen nicht demonstrieren werden, die „sans papiers“, die Armen, die Ausländer, die Roma, sie alle hätten keine Chance, überhaupt ein rechtsstaatliches Verfahren zu bekommen. Ein großer Teil würde sofort abgeschoben und ausgewiesen. Obwohl man gern auf ihre Schwarzarbeit zurückgreift. Zurück in ihre Heimatländer können sie nicht mehr, denn sie sind hier, weil wir ihre Kulturen zerstören.

Dieses „wir“ machte sie auf einmal zur Mittäterin, und sie hielt diesen Widerspruch kaum aus.

In der Konflikttheorie hatte sie zwar gelernt, zu gehen oder zu verhandeln oder sich zu arrangieren, aber jetzt genau in diesem Augenblick konnte sie nichts von alledem. Denn es gibt niemanden, mit dem sie über diese Situation verhandeln könnte, und sie kann auch nicht mehr fliehen. Zu sehr hat man ihr gestern in ihrer Panik das Leben gerettet und sie getröstet und mit all den Geschichten zurückgeholt in eine Realität, die sie bis dahin nur vom Hörensagen kannte.

Aber nun war sie Teil der Geschichte und hatte ein großes Privileg: Sie konnte rausgehen und für die neu gewonnene Wahrheit eintreten, denn sie hatte noch Bürgerrechte.

Diesmal geht sie mit Gandhi los, er war nicht nur friedvoll, sondern auch aktiv und vor allem: Er hat auch Gesetze überschritten, wenn es sein musste.

Es ist heiß, und nach dem Überqueren von Gleisen nähert sie sich dem Gebiet, in dem gekämpft wird. Sie weiß nicht, was in der Zwischenzeit alles passiert ist, aber sie weiß ganz sicher, dass sie sich nicht noch einmal auf den Boden setzt und der Staatsgewalt freie Verfügung über ihre Person gewähren lässt. Noch ist sie nicht wirklich mutig, aber mit jedem Schritt spürt sie diese Kraft. Und sie reiht sich ein, heute ist sie besser ausgerüstet, sie hat eine Tränengasmaske und ist gepolstert unter ihrer schwarzen Kapuzenjacke. Die Wut hat ihre Ohnmacht bekämpft, und so schreitet sie voran, und als die Rauchfahne nicht aufhört zu steigen, da weiß sie, dass dies die Antwort auf das Aufstandsbekämpfungsprogramm ist, das die Nato heute abfeiert.

Mascha hat in Straßburg ihre Unschuld verloren, noch weiß sie nicht, wie sie das ihren Freunden in der Friedensbewegung erklären kann. Für die steht sie ja jetzt mit der Polizei in einer Reihe. Aber Gewalt ist nicht gleich Ge-

walt, und Frieden ist nicht gleich Frieden. Mascha gönnt ihren Freunden in der Friedensbewegung ihre Unschuld. Über ihre Solidarität mit der Friedensbewegung denkt sie morgen nach.

Wir leben in einer Gesellschaft, die nicht nur das Gemeinwesen privatisiert, Kriege führt, Natur und Mensch ausbeutet, sondern uns alle auch zu Gefangenen macht. Gefangen in Überzeugungen, die uns entsolidarisieren. Aber es sind die realen Lebensverhältnisse, die uns unterscheiden, die uns vereinzelt zurücklassen.

Zu verstehen, was hinter der Aggression der Polizei, der Nato, der Armeen steht, heißt nicht, die Menschen zu verurteilen, die mit ihren Existenzsorgen zum Gehilfen der Politik werden. Aber es heißt, genau hinzuschauen, dass es nicht nur um Konflikte geht, die man verhandeln kann, sondern um Eigentums- und Machtverhältnisse, die uns alle unfrei sein lassen. Gegenwärtig ist die Gesellschaft weder solidarisch, noch nachhaltig organisiert.

Protest hat viele Gesichter und jeder seine eigene Geschichte. Aber wenn wir beginnen, tolerant und solidarisch aufzustehen, jede und jeder nach seinen Möglichkeiten, dann werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, die Gefühle der Anderen zu sehen, ohne sie dafür zu verurteilen, um dann gemeinsam eine Welt zu schaffen, in der wir alle gewaltfrei kommunizieren können.

Karin Baumert ist Stadtsoziologin, Konfliktcoach und politische Aktivistin in Berlin.

Eine Bilanz der polizeilichen Repression in Straßburg ist vom Legal Team zusammengestellt worden und kann unter www.gipfelsoli.org/Home/Straßburg_Baden-Baden_2009/7303.html heruntergeladen werden (französisch, Auszüge auf deutsch).



Botschaft für Frieden

Start der DFG-VK-Aktion beim evangelischen Kirchentag/Von Joachim Schramm

Die Bundestagswahlen stehen vor der Tür, die Parteien buhlen um die Gunst der WählerInnen. Beim Rückblick auf die vergangenen vier Jahre fällt die Bilanz aus friedenspolitischer Sicht desaströs aus. In diesen Wochen wurden Zahlen veröffentlicht, nach denen Deutschland den 3. Platz in der Rangliste der Rüstungsexportnationen „erobert“ hat. Für über 8,7 Milliarden Euro verkauften deutsche Firmen (aber auch der Bund) Tötungsmaschinen ins Ausland. Darunter sind U-Boote, Kampfpanzer, Haubitzen und gepanzerte Transporter. Trotz Rüstungsexportrichtlinien und EU-Verhaltenskodex bewegen sich die Rüstungsexporte seit Jahren auf diesem hohen Niveau, Tendenz steigend. Handlungsbedarf für die Bundestagsparteien? Fehlanzeige! Die einen können nicht, die Mehrzahl will nicht.

Ein ähnliches Bild bei den Atomwaffen. Seit dem letzten Jahr ist bekannt, dass von den 170 in Deutschland vermuteten US-Atombomben 150 klammheimlich aus Ramstein abgezogen wurden. Also, warum nicht auch die noch ver-

bliebenen 20 in Büchel hinterherschicken, immerhin die Sprengkraft von ca. 300 Hiroshima-Bomben? Im August 2008 demonstrierten 2.000 Menschen in Büchel gegen den dort lagernden Tod. Per Unterschrift forderten 6.500 Menschen den Abzug der Bomben. Im Bundestag gab es mehrere Entschließungsvorlagen, aber die Regierungsmehrheit will sich nicht von den Nuklearwaffen trennen.

Zum Zeitpunkt der letzten Bundestagswahl waren 2.250 deutsche Soldaten in Afghanistan stationiert. Seitdem hat sich diese Zahl kontinuierlich auf 4.500 erhöht, Aufklärungstornados und eine „Schnelle Eingreiftruppe“ werden inzwischen von der Bundeswehr gestellt. Nun sollen auch noch Awacs-Radaraufklärer hinzukommen. Der Krieg in dem Land am Hindukusch hat sich immer mehr ausgeweitet, die Bundeswehr greift zunehmend in Kämpfe ein. Nach Uno-Angaben starben im vergangenen Jahr 2.000 Zivilisten in Afghanistan, davon tausend durch die westlichen Truppen, die angeblich Demokratie und Freiheit bringen wollen. Auch 15 Bundeswehr-

soldaten wurden in den vergangenen vier Jahren Opfer dieser verfehlten Politik. Reaktion der Bundestagsparteien? Die Linke stimmt tapfer gegen die Mandatsverlängerungen, bei den Grünen tut dies trotz anders lautendem Parteitagebeschluss nur eine Minderheit, genau wie es auch bei den anderen Parteien nur wenige gibt, die sich dem „weiter so“ der Parteiführung widersetzen.

Der Bundestagswahlkampf ist immer eine günstige Gelegenheit, die Parteien mit der Stimmung in der Bevölkerung zu konfrontieren, eindeutige Botschaften zu übermitteln, die gerade im Friedensbereich häufig der Parteienpolitik so gar nicht entsprechen. *Botschaft für Frieden* heißt daher auch die aktuelle Aktion unserer Plattform „Schritte zur Abrüstung“. Per Postkarte oder direkt online sollen den Parteien die aktuell wichtigsten Friedensbotschaften übermittelt werden: Abzug aus Afghanistan, Abzug der US-Atombomben, Stopp der Rüstungsexporte – oder auch ganz individuelle Botschaften.



Botschaft für Frieden

jetzt bestellen

Aktions-Postkarte **Botschaft für Frieden** zur Weitergabe im Bekanntenkreis, zum Auslegen oder zum Verteilen bei Wahl- und sonstigen Veranstaltungen:

kleine Mengen kostenlos; 65 Euro/1.000 Stück

Flyer
„Auslandseinsätze beenden“,
„Atomwaffen verschrotten“ und
„Rüstungsexporte stoppen“:
jeweils 0,10 Euro/Stück

Online bestellen unter www.schritte-zur-abruestung.de/materialien-02.htm oder per Post an DFG-VK-Materialversand
Haußmannstraße 6
70188 Stuttgart



Beim diesjährigen evangelischen Kirchentag in Bremen startete die Aktion. Die Landesverbände Bayern, Nordrhein-Westfalen und Bremen/Niedersachsen waren mit Ständen vertreten. Über drei Tage hatten die KirchentagsbesucherInnen Gelegenheit, Karten mit Friedensbotschaften an die Parteien ihrer Wahl auszufüllen und in eine große transparente Urne zu werfen. Wer den schnellen Weg bevorzugte, konnte auch an den drei aufgebauten Computern direkt per eMail seine Botschaft weiterleiten.

Auch wenn die DFG-VK in diesem Jahr an einer eher abgelegenen Stelle in der großen Halle platziert war, kam es doch zu Hunderten von Gesprächen über die angesprochenen Bereiche der Militärpolitik, über die Parteien und über den Sinn und Unsinn von Wahlen. Fast 600 Menschen beteiligten sich an der Aktion, davon der überwiegende Teil per Postkarte.

Die Ergebnisse sind interessant. Viele TeilnehmerInnen waren der Meinung, dass alle Parteien Druck von den Bürgern bräuchten, um sich für Frieden und Abrüstung stark zu machen. Am wenigsten wurde der Bedarf bei der Linken gesehen (57 %), am meisten bei den Regierungsparteien CDU (86 %) und der SPD (78 %). Bei den Forderungen war der Abzug der Atomwaffen das Thema, was den meisten TeilnehmerInnen am Herzen lag (95 %). Auch den Rüstungsexport wollten fast alle gestoppt sehen (85 %).

Beim Thema Afghanistankrieg wurden die Unsicherheit deutlich, die viele daran hindert, hier eindeutig Position zu beziehen. Die Mehrzahl stimmte in den Gesprächen unserer Einschätzung zu, dass die Situation dort immer weiter zu eskalieren droht. Doch viele sprachen der Bundeswehr doch eine positive Wirkung für die Stabilität des Landes zu bzw. konnten sich keine Alternative zur militärischen Präsenz vorstellen. Die Zustimmungquote für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan lag daher „nur“ bei 67 %. Hier wurde erneut bestätigt, dass unsere Argumente und die Alternativvorschläge der Friedensbewegung noch zu wenig bei den Leuten ankommen.

Viele TeilnehmerInnen nutzen die Möglichkeit, zusätzlich individuelle Botschaften an die Parteien zu übermitteln: „Sehr geehrte MdBs, 20 Jahre nach dem gewaltfreien Fall DER MAUER sollten Sie endlich auch weltweit gewaltfreie Lösungen fordern.“ „Dass Deutschland im



Eugen Drewermann: Krieg ist keine Option, sondern ein Verbrechen

Afghanistankrieg für die Interessen der USA mitmacht, ist für mich unerträglich!"; „Treten Sie dafür ein, dass es nicht mehr mit Recht heißen kann: Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.“; „Ich wähle nicht, aber ich verteile diese Botschaft gerne an WählerInnen“; „60 Jahre Grundgesetz feiern und sich freuen über 60 Jahre Frieden in Deutschland reicht mir nicht. Mit deutschen Waffen werden weltweit Kriege geführt! Das ist für mich scheinheiliges Handeln und Reden.“

Die „Botschafts“-Aktion der DFG-VK

wurde durch die Gruppe Bremen mit Informationen über den Rüstungsstandort Bremen sinnvoll ergänzt. Viele BesucherInnen nahmen mit Erstaunen wahr, in welchem hohem Maße in der Stadt des Kirchentages Tötungsmaschinen produziert werden. An einer Demonstration unter dem Motto „Für eine deutsche Friedenspolitik“, zu der mehrere beim Kirchentag aktive, aber auch andere Gruppen aufgerufen hatten, nahmen 1.000 Menschen teil. Als Hauptredner forderte der Theologe Eugen Drewermann: „Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – stattdessen Abrüstung und aktive Friedenspolitik“. „Krieg ist keine Option, er ist ein Verbrechen“, so Drewermann.

Kritisch wurde von vielen KirchentagsbesucherInnen die demonstrative Präsenz der Bundeswehr vermerkt. Dass auf dem Markt der Möglichkeiten, wo auch die DFG-VK und andere Friedensorganisationen ihre Stände hatten, die

Militärseelsorge deutlich mit Positionen der Bundeswehr auftritt, ist eine immer wieder bemängelte Tatsache. Dass sie dies in diesem Jahr in einem Bereich tat, der das Motto „Gewalt überwinden“ trug, verweist auf eine gestörte Wahrnehmung der Realität sowohl bei der Marktleitung als auch bei der Militärseelsorge selbst. Für mehr Empörung sorgte jedoch der Auftritt der Bigband der Bundeswehr zusammen mit Werbe-Trucks auf dem zentralen Kirchentagsgelände in der Bremer Innenstadt. Diese Auftritte meinte die Bundeswehr auch mit bewaffneten Feldjägern absichern zu müssen.

Hier wird also ein Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen geführt. Mit viel Propagandaaufwand versucht die Bundeswehr, ihre Akzeptanz und damit auch die Akzeptanz der Kriegspolitik der Regierung zu erhöhen. Dem müssen wir als pazifistische Organisation etwas entgegenzusetzen. Dazu eignet sich eine Aktion wie die *Botschaft für Frieden* vorzüglich. Im Bundestagswahlkampf bieten sich verschiedene Möglichkeiten, die drei Forderungen zu verbreiten und mit den Menschen darüber ins Gespräch zu kommen.

Eine Möglichkeit mit wenig Aufwand ergibt sich durch Wahlveranstaltungen der Partei vor Ort. Dort kann man an die BesucherInnen die Postkarten verteilen, eventuell auch die anwesenden KandidatInnen zu den Forderungen befragen: Die Forderung nach einer atomwaffnen Welt durch Barack Obama ist in

der Öffentlichkeit euphorisch aufgenommen worden. Was wollen die BundestagskandidatInnen tun, damit Deutschland endlich atomwaffenfrei wird? Die Zahlen über die Rüstungsexporte aus Deutschland haben für viel Empörung gesorgt, was wollen die Parteien tun, um diese Exporte zu stoppen? Der Krieg in Afghanistan eskaliert, greift auf Pakistan über. Deutsche Entwicklungshilfeorganisationen distanzieren sich von der Bundeswehr. Wie wollen die Parteien die Signale nach einer Verhandlungslösung aus Afghanistan selbst aufgreifen, den Abzug der Bundeswehr einleiten? Zu all diesen Fragen gibt es Themen-Faltblätter der Schritte-Plattform sowie weitere Informationen auf den Internetseiten der DFG-VK und anderer Organisationen (www.schritte-zur-abruestung.de, www.atomwaffenfrei.de/hintergruende, www.auslandseinsatz-beenden.de, www.rib-ev.de/blog/). Also, Postkarten bestellen und auf zur nächsten Wahlveranstaltung!

Auch eine eigene Veranstaltung der örtlichen DFG-VK-Gruppe oder Friedensinitiative zum Thema „Außen- und Sicherheitspolitik der Parteien“ bietet sich natürlich an. Obwohl Themen um Krieg und Frieden in den Medienberichten alle Tage zu finden sind, ist dies nicht ein herausragendes Thema im Wahlkampf. Machen wir es doch dazu! Vielleicht auch zusammen mit anderen Gruppen wie attac (Auslandseinsätze und Globalisierung), mit kirchlichen Gruppen (Rüstungsexport und Entwicklungspolitik) oder auch den Gewerkschaften (Rüstungsausgaben in der Krise). Zu den drei Forderungen der *Botschaft für Frieden* gibt es in der DFG-VK sachkundige Aktive, die man zu solchen



DFG-VK-Stand auf dem Markt der Möglichkeiten

Veranstaltungen einladen kann. Auch aus anderen Organisationen lassen sich Referenten vermitteln. Die DFG-VK-Landesverbände helfen hier weiter.

Neben solchen Veranstaltungen, bei denen man die örtlichen KandidatInnen direkt in die Diskussion verwickeln kann, ist natürlich die Verbreitung der Botschafts-Postkarte ein wichtiges Mittel, um die friedenspolitischen Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Karten kann man bei Veranstaltungen auslegen, man kann die Beilegung in örtlichen oder regionalen Szeneblättern organisieren, aber natürlich auch darum herum eine kleine Aktion oder einen Infostand machen: Ein als Atom-bombe verkleideter Mensch verteilt die Karten in der Fußgängerzone. Oder: Als Manager verkleidete Aktive versuchen, einen (Papp-)Panzer zu verkaufen, nebenbei verteilen andere die Postkarte. Oder: Ein als Bundeswehroffizier verkleideter sucht Freiwillige für den Krieg in Afghanistan, damit Deutschland wieder etwas gilt in der Welt. Die ausgefüllten Postkarten können in einer durchsichtigen Urne gesammelt oder an eine Schnur aufgereiht werden und so zum Mitmachen animieren. So kann man

auch einen drögen Infostand aufpeppen und die Postkarte als Einstieg in Diskussionen über Afghanistankrieg, Atomwaffen oder Rüstungsexporte nutzen.

Viele Menschen halten die Parolen von „60 Jahre Frieden“ für und in Europa für die Wahrheit. Sie nehmen nicht wahr, dass Afghanistankrieg, Atomwaffenzugriff und auch zunehmende Rüstungsproduktion und -export verschiedene Aspekte einer Politik sind, in der Rüstung und Militär eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Sie können oder

wollen nicht erkennen, dass Deutschlands und Europas Position im Rahmen der Globalisierung auch militärisch abgesichert werden soll. Einige Medien spielen eine Vorreiterrolle, dort ist wieder von deutschen Soldaten als Helden zu lesen oder von der „Scheinheiligkeit der Regierung“, die sich nicht traue, uns BürgerInnen deutlich zu sagen, dass Deutschland wieder Krieg führen müsse. Wenn wir diesen Trend ausbremsen wollen, müssen wir auf die Straße, nicht nur bei zentralen Demos in Berlin oder in Straßburg, sondern vor Ort, in unseren Städten, dort, wo wir mit den Menschen ins Gespräch kommen können. Die *Botschaft für Frieden* ist dazu ein guter Ansatzpunkt.

Übrigens: Auch (steuerabzugsfähige) Spenden für die Unterstützung der Aktion auf das Konto unserer Bertha-von-Suttner-Stiftung helfen: Konto 8174607 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00, Stichwort: „Friedensbotschaft“

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.



Pacemakers-Höhenmeterjagd für Frieden und Gerechtigkeit

18 Stunden außergewöhnlicher Radsport mit prominenter Beteiligung/Von Roland Blach

Wann gelingt es der Friedensbewegung schon einmal, im Sportteil einer überregional erscheinenden Tageszeitung als Organisation und mit Inhalten erwähnt zu werden? Mit der weltweit einmaligen erstmalig ausgetragenen Höhenmeterjagd am 20. Juni auf die Kalmit, dem mit 673

Metern höchsten Berg des Pfälzerwalds hat es der DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg sogar zwei Mal innerhalb weniger Tage erreicht, in der „Rheinpfalz“ u.a. zwischen Formel-1-Rennfahrer Jenson Button und Handball-Bundestrainer Heiner Brand platziert zu werden. Die „Rheinpfalz“ ist mit

einer Auflage von fast 270.000 Exemplaren die größte Tageszeitung in der Pfalz und deckt ein Gebiet zwischen Mannheim und Zweibrücken, dem Hunsrück und Karlsruhe ab.

Ziel dieser wahrlich ungewöhnlichen Radsportveranstaltung war es sowohl, für sich persönlich oder im Team

so viele Höhenmeter wie möglich innerhalb von 18 Stunden zu bewältigen, als auch mittels Sponsoren zwei Projekte zur Völkerverständigung in Burundi und Sri Lanka zu fördern. In Sichtweite des geschichtsträchtigen Hambacher Schlosses übernahm Dr. Karl Welte, Professor für Kinderonkologie in Hannover, der mit einer Großspende von 5.000 Euro das Versöhnungsprojekt Centre Jeunes Kamenge unterstützte, den Startschuss.

Bei schönem Wetter und angenehmen Temperaturen haben über 70 Radsportler teilgenommen. 65 Radfahrer haben sich per Zeitmessung werten lassen und dabei als Einzelfahrer oder in 4-er Teams zwischen 4 Uhr und 22 Uhr annähernd 250.000 Höhenmeter bewältigt. Viele Fahrer haben dabei auf der 5,75 Kilometer langen Strecke mit jeweils 415 Höhenmetern ihren persönlichen Tagesrekord aufgestellt! Allein fünf Fahrer erreichten jeweils über 10.000 Höhenmeter. Der beste Einzelfahrer Thomas Dawo schaffte es, mit genau 11.620 Höhenmetern die Kalmit 28 Mal auf- und abzufahren. Auf der kurvenreichen Abfahrt wurden dabei Geschwindigkeiten von deutlich über 70 Stundenkilometer erreicht.

„Nach einem Jahr Radrennpause starte ich gerne für diese gute Sache“, sagte kurz vor dem Startschuss der 40-jährige Stefan Steinweg, Bahnrad-Olympiasieger von 1992 und Radweltmeister 1986, 1991 und 2000. Steinweg war beileibe nicht der einzige prominente Radfahrer an diesem Tag. In seinem Team des Reisebüros FBI aus Kaiserslautern startete auch der 28-jährige Stefan Schlegel aus Pforzheim.

Seine Erfolge als Bahnradfahrer können sich sehen lassen: 14-facher baden-württembergischer Meister, Junioren-Weltmeister in der Mannschaftsverfolgung, deutscher Meister in der 4-er-Mannschaftsverfolgung, 2. Platz bei der Wahl zum Sportler des Jahres in Berlin. Mit durchschnittlich knapp über 26 Minuten Fahrzeit für die 11,5 Kilometer lange Strecke wurde er zwar Bester seines Teams, das sich aber den Bergfahr-

spezialisten vom Team Misereor mit Christoph Fuhrbach, Christian Englert, Tobias Wiesemann und Thomas Greger geschlagen geben musste. Greger wurde 2002 deutscher Meister im 10.000-Meter-Lauf und mehrfacher deutscher Berglaufmeister.

Im Mittelpunkt der Höhenmeterjagd stand immer die Freude an einem außergewöhnlichen Radsporttag, der zwar ehrgeizig, aber nie sportlich verbissen geführt, kräftezehrend, aber immer humorvoll bewältigt wurde. Immer im Dienste für den Frieden und Gerechtigkeit. Im Start- und Zielbereich am Ortsausgang Maikammer wurde ein Lkw-Anhänger zur Bühne umfunktioniert, auf der Thomas Saringen, Leiter der Erwachsenenbildung im Bistum Speyer, in

zu einem Zufluchtsort für junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren. Während des gesamten Krieges blieb das Jugendzentrum ein Ort des Friedens und der Demokratie. Josef Sayer hat das Projekt mehrfach besucht und schilderte anschaulich seine Begegnungen und Erfahrungen vor Ort.

Stephan Brües von Nonviolent Peaceforce Deutschland beleuchtete die Situation in Sri Lanka nach dem vermeintlichen Ende des Bürgerkrieges vor wenigen Wochen. Ausgebildete Friedensfachkräfte trotzen bei ihrer Tätigkeit für die Nonviolent Peaceforce in Sri Lanka der Gewalt und unterstützen sowohl kriegsmüde Bürger als auch Aktive in Friedens- und Menschenrechtsorganisationen. Brües war selbst als Wahlbeobachter dort.



Radweltmeister Daniel Schlegel bei der Höhenmeterjagd

Roland Blach gab einen Überblick über die Geschichte der Pacemakers seit 2005 in ihrem Einsatz als Schrittmacher für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen. Im Mittelpunkt 2009 stehe dabei das Engagement für ein atomwaffenfreies Deutschland auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt.

Bislang wurden 6.000 Euro für die beiden Projekte zugesichert, über das Internet und mittels Sponsorenkarte können weitere Spenden getätigt werden.

Abends um 22 Uhr waren die Beine schwer

und der Esstisch leer. Nach 18 Stunden Wettkampf sind 40 Kilogramm Nudeln, 25 Kilogramm Sauce, jede Menge Gemüse, 200 Bananen, 20 Kilogramm Brot, 15 Kilogramm Käse, drei Bleche Kuchen, 100 Energieriegel, 400 Liter Wasser und 60 Liter koffeinhaltige Limonade vertilgt.

Die Rückmeldungen der teilnehmenden Sportler, Helfer und anderer Beteiligter sind durchweg positiv. Misereor wirbt bereits intern für eine Neuauflage 2010. Auf ein Wiedersehen in 2010 in der Vorderpfalz?

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg und Pacemakers-Koordinator (www.pace-makers.de). 

Form von Interviews durch das Programm führte. Für Musik sorgten der senegalesische Trommler Magatte Bousso alias „Mama Afrika“ aus Saarbrücken und DJ Stefan Schultheiss, ein Attac-Aktivist aus Heidelberg.

Gleich drei Angestellte des größten katholischen Hilfswerkes Misereor berichteten über das Centre Jeune Kamenge in Burundi: Hauptgeschäftsführer Josef Sayer, der Leiter der Afrika-Abteilung Michael Hippler, der selbst dreimal die Kalmit an diesem Tag bewältigte, und Michael Stahl. Das Jugendzentrum Centre Jeunes Kamenge liegt in einem der ärmsten Länder der Welt mit dem niedrigen Durchschnittsalter von knapp 17 Jahren. In dem jahrelangen Bürgerkrieg entwickelte sich das Friedenszentrum

LeserInnenbriefe sind immer willkommen. Die Redaktion behält sich aber den Abdruck sowie das Kürzen von Briefen vor.

Die erscheinenden LeserInnenbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der **ZivilCourage** wieder.



An die
ZivilCourage-Redaktion
- Leserbriefe -
Postfach 900843
21048 Hamburg



Unangemessene moralische Überheblichkeit

Stefan Philipp:
Der Zweck heiligt die Mittel nicht

Titelgeschichte der Ausgabe 2/2009

Die Berichterstattung über den Nato-Geburtstag hat uns alle geschockt. Jedes Küsschen, jedes Handygespräch der Mächtigen und ihres Anhangs wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, und die Aktionen der KriegsgegnerInnen gerieten zur Großaufnahme der abgepackelten Gebäude. Inhaltliche Anliegen und die Masse der protestierenden Menschen wurden nicht deutlich.

Nach dieser Erfahrung finden wir es richtig, auch Selbstkritik zu üben und nicht reflexartig zu sagen: Polizeimaßnahmen, zensierte Medien, eben die konzertierte Aktion der Herrschenden gegen uns waren die Ursache, dass monatelang intensiv vorbereitete Aktionen für die Öffentlichkeit in ihrer Bedeutung nicht sichtbar wurden.

Aber der Rundumschlag, den bereits der Hefttitel („Der Zweck heiligt die Mittel NICHT!“) verdeutlichte, und der Leitartikel in der **ZivilCourage** sind keine angemessene Reaktion.

Es wird mit – wie wir finden – moralischer Überheblichkeit eine „Gewaltfreiheit“ gefordert, die den mühsam gefundenen Konsens von verschiedenen Strömungen der Friedens/Antimilitaristischen Bewegung zunichte macht.

Wer sind „die Militanten“? Was heißt „kategorischer Ausschluss Menschen verletzender Gewalt“? Wie sollen wir uns verhalten? Menschen, deren Verhalten wir nicht billigen, aus der Demo zeren und der Polizei überliefern? Weil sie ja ohnehin eingeschleuste Provokateure sind. Im Vorfeld mit der FDP (Wo ist denn der bürgerrechtliche, der Flügel

der Citizens derzeit? Wir sehen nur Bourgeois und solche, die's gerne wären). Und mit Kontakten mit der Polizei haben wir hier in Hannover die Erfahrung – wie vermutlich andernorts auch – dass die „Kooperationsgespräche“ einer Befehlsgemäßheit gleichkommen. In Auseinandersetzungen um solche Themen wie Kriegspolitik ist die Polizei die Exekutive eben dieser Politik. Was soll da ausgehandelt werden?

Wir wissen, dass die „Gewaltdiskussion“ die Antikriegsbewegungen immer wieder begleitet hat. Häufig geht es dabei eher um die Frage von politischer Identifikation: gefühlte „Militanz“, gefühlte „Friedfertigkeit“, „Latschdemo“ gegen „radikale Demo“: Wo fühle ich mich „zu Hause“?

Die Abgrenzerei bringt nichts: Wir müssen genau analysieren: Was ist in Straßburg passiert? Wie kam es zu Eskalationen? Wer trug sie aus welcher Motivation? Was sind Aktionsformen, die wirksam sind – in einem Verbund von Aktionsformen und den jeweils tragenden politischen Gruppen? „Militanz“ und „Gewaltfreiheit“ schließen sich nicht aus. Gandhi und seine Leute rissen in ihrem Kampf Eisenbahnschwellen aus der Erde, um britische Transporte zu verhindern. Ist Gandhi nicht mehr „gewaltlos“?

Allerdings muss auch gelten: Eine breite Bewegung mit Menschen aus unterschiedlichen Spektren braucht Absprachen und Verlässlichkeit. Wir können als Initiativen, Gruppen oder Bündnisse nicht zu etwas aufrufen, von dem wir selbst nicht so genau wissen, was dabei rauskommt.

Grundsätzlich gilt: Welche Ziele verfolgen wir politisch? Wer sind unsere GegnerInnen? Wen wollen wir als AdressatInnen ansprechen? Was folgt für Aktionsformen und Bündnisgruppen daraus? Banal klar! Aber immer wieder in dieser Reihenfolge zu diskutieren.

Und wir müssen uns derzeit darauf einstellen, dass uns Frust nicht erspart bleibt. Politische Wirkung ist – aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gründen – zur Zeit sehr schwer zu erzielen.

Lasst uns nicht in unsere jeweiligen „Lager“ zurückkehren, sondern darum streiten und ringen, etwas Gemeinsames zu machen, das von allen dann auch getragen werden kann.

Ralf Buchterkirchen und Brunhild Müller-Reiß, DFG-VK-Gruppe Hannover

„Killerspiele“ verbieten? – Ja!

Artikel von Tina Kemler und Harald Gewehr; ZC 2/2009, Seite 20

Da ich mich als Arzt für Psychotherapeutische Medizin auch beruflich mit Spielsüchtigen beschäftigen muss, deshalb auch die wissenschaftliche Studienlage kenne, halte ich die Beliebigkeit der so genannten differenzierten Betrachtung für kaum nachvollziehbar.

Am Zusammenhang zwischen Gewaltdarstellung und Aggressivität scheiden sich die wissenschaftlichen Geister schon lange nicht mehr, die Frage ist längst geklärt: Die Desensibilisierung lässt sich auch durch physiologische Messungen nachweisen. Prof. Manfred Spitzer hat im Editorial der Zeitschrift Nervenheilkunde 6/2009, 343-346, die Studie „Comfortably numb“ von Bushman und Anderson referiert, die signifikant aufzeigt, dass das aktive oder passive Konsumieren von Gewalt zu einer messbaren Abstumpfung führt. Da die Methode offen dargestellt wurde, ist auch jedem Leser klar, dass dieses Ergebnis keinesfalls „von politischem Opportunismus bestimmt“ ist.

Andererseits gibt es Studien, die die Schädlichkeit anzweifeln und von der Spieleindustrie finanziert sind. Das kennen wir von den Studien der Tabakindustrie zum Lungenkrebs, süchtige Raucher sind dort ähnlich schlechte Gewährsleute wie hier die zitierten Spieler.

Die Bundeswehr kennt den Effekt ebenfalls und macht ihn sich zunutze, indem Soldaten im so genannten Schießkino trainiert werden. „World of Warcraft“ hat ein Suchtpotenzial, das berufliche und soziale Existenzen vernichtet, und ist in der Beziehung mit den illegalen Drogen durchaus vergleichbar.

Der Grundsatz, gegen Verbote zu sein, zieht nicht – oder fahren die Autos etwa mit Tempo 100 durch Mainzer Wohngebiete?

Der „Kölner Aufruf gegen Computergewalt“ ist richtig und die DFG-VK sollte ihn vorbehaltlos unterstützen.

Dr. Ralf Cüppers (per eMail)

Der Beitrag differenziert m.E. an falschen Stellen. Er leistet damit sowohl einer konzernkritischen Auseinandersetzung mit der Computerspiel-Industrie als auch der friedenspädagogischen Auseinandersetzung mit der Militarisierung unserer Gesellschaft – auch mittels Medien – einen Bärendienst.

„Differenzieren“ meint trennen. In diesem Zusammenhang trennen die Au-

toren Sachverhalte, die eigentlich zusammengedacht gehören. Drei Beispiele:

– Da wird behauptet, Kinder und Jugendlichen wüssten zwischen Realität und Fiktion zu unterscheiden, ohne zu erkennen, dass dies gerade nicht für Kinder zutrifft und in der Virtualisierung menschlichen Leidens ein großes Problem liegt, wie z.B. die Kriegsberichterstattung belegt.

– Da wird behauptet, dass der Umgang mit den neuen Medien ein Ausdruck gewachsener Medienkompetenz sei, ohne zu erkennen, dass eine Entkoppelung von Bedienungskompetenzen und Beurteilungsfähigkeit fragwürdig ist. Derart entkoppelte Kompetenzen sind beliebig einsetzbar – im Spiel wie im Krieg.

– Da wird aus respektabler liberaler Grundhaltung ein Verbot von Killerspielen kritisiert. Hier wird indes Liberalismus vom Humanismus getrennt. Freiheit hat sowohl den Aspekt der Freiheit „von“, als auch den Aspekt der Freiheit „zu“. Die Freiheit von Verboten darf nicht zur Beliebigkeit inhaltlicher Bewertung führen – wo dann auch der Jugendschutz nur bedingt weiterhilft. Das Spielen von Gewalt und Krieg ist und bleibt ethisch mehr als bedenklich. Wie dem jenseits von Verboten beizukommen ist, darauf gibt der Artikel leider keine positive Antwort.

Das Zwischenresümee der Autoren, „Auf all diese Fragen wissen wir keine

fundierte Antwort“, bringt das Hauptdilemma des Artikels zum Ausdruck. Trotzdem wird z.B. das Schießspiel „Counterstrike“ verharmlosend mit Cowboy- und Indianerspielen gleichgesetzt. Trotzdem werden KritikerInnen als rückständig gegenüber „neuen Medien“ dargestellt. Trotzdem wird die Sach- und Fachkompetenz der UnterzeichnerInnen des Kölner Appells – worunter sich auch einige DFG-VK-lerInnen finden – angezweifelt.

Nochmals: Der Artikel ist Wasser auf die Mühlen der Computerspiel-Industrie und ihrer Lobby in Wissenschaft und Wirtschaft. Friedenspädagogisch ist er nicht!

Prof. Dr. Carsten Müller, Emden

Klare Aussagen statt missverständlicher Andeutungen!

Gerd Greune: Ein sechzigjähriger Krieg; ZC 2/2009, Seite 2

Der größtenteils informative sowie Wege zur Lösung des Konflikts nennende Artikel wirft Fragen auf:

1. Um welchen historischen Präzedenzfall der „Absperrung des Gazagebiets in einer Form, wie es sie seit den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der Welt nicht mehr gegeben hat“ geht es hier?

2. Es sei, heißt es im Artikel, „bedrückend, dass ein Volk, das jahrhundertlang in Ghettos eingesperrt war, keine

andere Lösung“ für den Gaza-Streifen findet als Absperrung und Krieg. Das ist ein nachvollziehbarer und ein sich aufdrängender Gedanke. Aber warum wird er stereotyp, penetrant und ziemlich exklusiv in Bezug auf israelische Juden geäußert? Es ist ein für Nationalstaaten und Ethnonationalismen typisches Muster, dass sie, wenn sie sich auf zuvor unterdrückte ethnische Gruppen stützen, selbst ihrerseits repressiv und aggressiv vorgehen, wenn ihre Ethnie staatstragend geworden ist. Vor allem Osteuropa, der Nahe Osten und viele im Entkolonisierungsprozess entstandene Staaten liefern Beispiele für diesen Mechanismus. Warum soll der Zionismus anders funktionieren als andere Nationalismen? Zeigt man sich gleichermaßen bedrückt, wenn einst vom deutschen und belgischen Kolonialismus und Rassismus unterdrückte Hutu Tutsi massakrierten oder wenn sich katalanische Sprachnationalisten ähnlich intolerant gebärden wie früher spanische?

3. Was ist mit dem „historisch beladenen ideologischen Ballast“ gemeint, „der die friedenspolitischen Ideen der Friedens- und Solidaritätsbewegung in der Vergangenheit bestimmt hat“?

Als Leser bevorzuge ich klare Aussagen statt kryptischer, potenziell missverständlicher Andeutungen.

Gernot Lennert, Mainz



DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzserklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 8304600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500



DFG-VK

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Kasseler Straße 1A, D-60486 Frankfurt
 Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt



Bitte mit
45 Cent
frankieren

ZivilCourage-Abo

POSTKARTE

**An die
 ZivilCourage-Redaktion
 Postfach 900843
 21048 Hamburg**

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 12 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 12.- € einschließlich Porto.

Vorname

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum/
Unterschrift

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ

Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der ZivilCourage-Redaktion, Postfach 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum Unterschrift

**Es gilt das
 gesprochene Wort.**

Eigentlich wollte Friedensminister Dr. Franz Josef Jung („Nein, wir führen keinen Krieg in Afghanistan.“) am 20. Juli in Berlin bei der Propagandaveranstaltung sagen: „Daher ist es richtig und wichtig, dass heute unsere Rekruten vor dem Reichstagsgebäude und damit dem deutschen Parlament ihren Eid **ablegen**.“ Zwar legten die rund 400 durch die Wehrpflicht zu Soldaten gemachten jungen Männer keinen Eid, sondern ein so genanntes „feierliches Gelöbnis“ ab. Vor allem aber sagte der Minister tatsächlich: „... ist es richtig und wichtig, dass heute unsere Rekruten vor dem Reichstagsgebäude und damit dem deutschen Parlament ihren Eid **ablehnen**.“ (zu sehen und hören in der ARD-Mediathek im Internet unter www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/2740914). Recht hat er!



NO WAR auf dem Reichstagsrasen, von AntimilitaristInnen kurz vor dem Gelöbnis aufgetragen und noch danach lesbar.

Weitere Informationen über die DFG-VK im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
 Kasseler Straße 1A
 60486 Frankfurt

**Friedlich denken allein
 ändert nichts.**

Werde Mitglied!

Deutsche Friedensgesellschaft -
 Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



Die pazifistische Grundsatzerklärung
 Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.